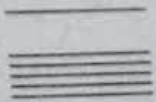


BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2014



Kanton Zug

Inhalt:

**Stimmrechtsausweis mit
Abstimmungs- bzw. Wahlmaterial**

Inhalt bitte sofort prüfen

Ersatzstimm- bzw. Ersatzwahlzettel
sind nur bei der Gemeinde- oder
Stadtkanzlei erhältlich

↑
↑ Hier nicht öffnen

Kanton Zug

gratin,

- * 4 Kantonsrat - Schönreden *
- * 8 Wahlanalyse Kanton - Grüner Erfolg *
- * 10 Wahlanalyse Stadt - Gibt zu denken *
- * 14 Medien - Schnoddriger Journalismus *
- * 16 Stadttunnel - Meisterliche Fehlplanung *

Bitte nicht hier aufschneiden
Zum Öffnen siehe Rückseite



2

3 Editorial

Wahlerfolg

4 Kantonsrat

Schönreden

6 Regierungsrat

Wie viel ist Geschichte wert?

7 Präsidium

Grüne Gurken und neue Schuhe

8 Wahlanalyse Kanton

Grüner Erfolg

10 Wahlanalyse Stadt

Gibt zu denken

13 Menzingen

Wahl ohne Qual

14 Medien

Schnoddriger Journalismus

16 Stadttunnel

Meisterliche Fehlplanung

18 Kapitalismus

Das funktioniert nie!

19 Junge Alternative

Gemeinsam(e) Räume schaffen

20 Stromeffizienz

Sicher und wirtschaftlich

22 Erbschaftssteuerreform

Zeit, zu handeln

24 Serviceteil

Frontal

Wahlfeier

Büchermail

Veranstaltungskalender

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»**

Wahlerfolg

Andreas Hürlimann, Kantonsrat und neu gewählter Gemeinderat, Grüne Steinhausen

Wir haben ein politisch bewegtes Wahljahr hinter uns. Mit dem Paukenschlag der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und den erst kürzlich noch hitzig diskutierten Initiativen um das Gold der Nationalbank oder Ecopop wird je länger je mehr klar, dass viele Akteure in der Schweiz, aber auch im Kanton Zug mit unterschiedlichsten Ideen und Vorstellungen lieber auf Konfrontationskurs gehen, anstatt gemeinsam nach zukunftsfähigen, innovativen Lösungen zu suchen. Am Beispiel der Goldinitiative, welche hauptsächlich von Goldhändlern gesponsert wurde, lässt sich zeigen, wie der Einfluss von extremen Dogmen und Mythen auf unsere Politik zugenommen hat. Finanzmarkt- oder Währungskurs-Stabilisierung waren bei den Initianten nie ein Thema. Ebenso gab es keine Auseinandersetzung darüber, dass wir massiv vom Ausland abhängig sind. Auch gehören die drei Hauptexponenten der Initiative gewiss nicht zur ersten oder zweiten Garnitur von Wirtschaftspolitikern im Lande. Dennoch schiebt man aus ideologischen Gründen alle Bedenken beiseite und ignoriert offensichtliche Tatsachen der Realpolitik sowie Bedürfnisse unserer tatsächlich wertschöpfenden Wirtschaft. Gleiches galt für Ecopop. Und es gilt leider auch ganz allgemein für die Diskussion in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, wo der Glaube an eine These wichtiger zu sein scheint als deren effektive Wirkung. Denn eigentlich spüren wir instinktiv, dass Gesellschaften mit grossen Einkommensunterschieden nicht gut sein können. Und leider müssen wir feststellen: Die Ungleichheit auf der Welt nimmt weiter zu. Immer weniger Menschen häufen immer grösseren Reichtum an, während die Zahl der Armen wächst und die Mittel-



schicht vom Abstieg bedroht ist. Das ist keine zwangsläufige Folge einer freien Marktwirtschaft, sondern leider das Ergebnis einer Politik, die von Interessensgruppen dominiert wird, welche von diesem Umstand profitieren. Auch bei uns in Zug. Gerade diese Angst vor dem Abstieg ist aber auch der Nährboden, auf dem Initiativen wie die Masseneinwanderungsinitiative oder Ecopop gedeihen können. Deshalb muss unsere alternative und grüne Politik diese Ängste und Probleme wie Zersiedelung, Lohndruck, überteuerte Mieten, Verkehrsengpässe, aber auch das Gefühl eines möglichen sozialen Abstiegs wahrnehmen und angehen. Das tun wir zweifelsohne, haben aber nach wie vor Mühe, unsere Anstrengungen auch so zu kommunizieren, dass politische Mehrheiten entstehen oder diese in einer breiteren Öffentlichkeit zur

Kenntnis genommen werden. Das 100-Millionen-Sparpaket der Zuger Regierung wird am Schluss von der Mehrheit der normal- und wenig-verdienenden Einwohnerinnen und Einwohner bezahlt. Die 3,3-Millionen-Kürzung bei der Krankenkassen-Prämienverbilligung zeigt leider die Stossrichtung auf, wohin wir uns in den nächsten Jahren in der politischen Diskussion bewegen werden. Warum leiden immer zuerst Personen welche sonst schon die tiefsten Einkommen haben? Weil Personen, die auf Unterstützung angewiesen sind, meistens keine so starke Lobby haben wie einige wenige Zuger Pauschalbesteuerte.

Die vergangenen Wahlen im Kanton Zug machen hier aber Mut und zeigen: Unser Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft, welche mit innovativen Lösungen in die Zukunft schreiten will, wird honoriert. Manuela Weichelt wurde mit einem sehr guten Resultat wiedergewählt. Die Alternativen – die Grünen konnten im Kantonsrat zulegen und sind neu mit 10 (+3) VertreterInnen im Rat. In Steinhausen können wir mit Blick auf die vergangenen Wahlen in jeder Hinsicht zufrieden sein. Durch meine Wahl in den Gemeinderat sind die Grünen nun seit vielen Jahren wieder in der Exekutive vertreten. Dieser Schwung hat sicher auch dazu beigetragen, dass wir in Steinhausen einen zusätzlichen Kantonsratssitz gewinnen konnten. Ich freue mich auf meine Arbeit im Gemeinderat und auch darauf, dass wir uns mit einem jungen Steinhauser Powerduo im Kantonsrat einbringen können. Es braucht unser alternatives, grünes Engagement auch 2015! Die Diskussionen um Sparpakete, Stadttunnel oder zweite Gotthardröhre sind nur einige Themen, welche im neuen Jahr auf uns zukommen. Packen wir es an! ■

Schönreden

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Zug

4 Die ALG kritisierte im Rahmen der Budgetdebatte im Kantonsrat (27. November 2014) die jahrelange Steuersenkungspolitik, die roten Zahlen und das Sparpaket bei Bildung, Gesundheit, Umwelt, ÖV, Sozialem und Kultur auf Kosten von Familien, Mittelstand und Wenigverdienenden.

Die Bürgerlichen sind in ihrer Steuersenkungsideologie gefangen. Die sachliche Rede von Kantonsrat Stefan Gisler in dieser Debatte erhitze die Gemüter. Der Finanzdirektor versicherte seit 2006 bis Juni 2014, dass Zug die Steuersenkungen verkraftet. Gisler kritisierte die irreführende Information von Finanzdirektor Hegglin während der letzten Jahre, der immer sagte «Alle profitieren von der Steuersenkungspolitik, und wir können sie uns leisten.» Das war offenbar falsch. Nach Jahren des Schönredens der Steuersenkungen kündigte Hegglin in den Sommerferien ein 100-Millionen-Sparpaket an, da Zug dauerhaft in die roten Zahlen rutschte. Hegglin trägt als Finanzdirektor die Hauptverantwortung für die Finanzpolitik und die öffentliche Information dazu. Hier die Rede von Gisler in leicht gekürzter und angepasster Version:

Meine Fragen ...

Zwei Fragen beschäftigen mich:

- 1) Wie haben es der Finanzdirektor, die Regierung und letztlich die bürgerliche Finanzpolitik geschafft, den Kanton Zug in die roten Zahlen zu wirtschaften?
- 2) Braucht es wirklich unverzüglich ein riesiges Sparpaket? Betrachten Sie die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben des Kantons seit dem Jahr 2000 kombiniert mit den Zukunftsprognosen, stellen Sie Folgendes fest: Bis ca. 2008 stiegen beide Kurven parallel an, aber der Ertrag war immer höher als der Aufwand. Dann gab es einen Einschnitt, die Kurven kreuzten sich – und seither steigen beide Kurven immer noch parallel, aber der Aufwand ist nun stets leicht höher als der Ertrag.

Was ist passiert? Die bürgerliche Steuersenkungspolitik auf nationaler Ebene: Unternehmenssteuerreform 2! Und auf kantonaler Ebene: 4 Steuersenkungen alleine seit 2007! Beides führte in Zug zu massiven Einnahmeverlusten und zu einem strukturellen Aufwandüberschuss.

Rückblick auf Ratsdebatten

Ich bin nun ja schon eine Weile dabei und möchte mit Ihnen auf verschiedene Ratsdebatten zurückblicken:

2006 warnte ich in diesem Rat das erste Mal explizit davor, dass Zug sich mit seiner bezüglich realem Wirtschaftswettbewerb unnötigen Steuersenkungsideologie in die Sackgasse manövriert.

Hegglin antwortete damals so: «Die Steuern sind zu erheben, um die staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Eigentlich nicht mehr. Der Staat ist ja auch keine Bank, das heisst, wenn er mehr Steuern einnimmt als er eigentlich unbedingt notwendig hat, sind die Steuern entsprechend anzupassen.» In anderen Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten.

2011 bei der letzten Steuergesetzrevision forderte ich den Kantonsrat und die Regierung dringlich auf, keine weiteren unnötigen Steuersenkungen vorzunehmen, sonst drohe dem Kanton ein strukturelles Defizit. Dies auch angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Hegglin antwortete damals so: «Wenn Sie einen stabilen Staatshaushalt wollen, müssen Sie die Steuergesetze so ausgestalten, dass Sie den Aufwand mit den Erträgen aus den Steuern finanzieren können. Das Ende des Steuerwettbewerbs definiert sich in dieser Balance. Diese wird vielleicht jetzt in gewissen Kantonen überreizt. Aber nicht im Kanton Zug.» In ande-

ren Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten.

2014 – im Juni anlässlich der Rechnungsdebatte rief ich angesichts massiv Budget unterschreitender Steuereinnahmen zu mehr Steuervernunft auf.

Hegglin antwortete damals so: «Ich wehre mich gegen die Aussage, der Kanton Zug gehe im Steuerwettbewerb zu weit oder sei zu aggressiv. Das trifft nicht zu. Der Kanton Zug geht nur so weit, wie er es durchhalten kann.» In anderen Worten: Zug kann sich Steuersenkungen leisten.

2014 – erst im September schreibt der Finanzdirektor im Bericht und Antrag zum Budget: «Die Finanzaussichten für den Kanton Zug haben sich verdüstert.» Und: «Neben der schwierigen Wirtschaftssituation wirken sich auch die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und Bundesebene aus.»

Jetzt frage ich Sie, Herr Finanzdirektor, haben Sie in all den Jahren zuvor die finanzpolitischen Folgen der global «schwierigen Wirtschaftssituation» sowie der von Ihnen verteidigten «Steuergesetzrevisionen» schlicht ignoriert? Bewusst – wie dies CVP-Kantonsrat Hausheer vorhin ausdrückte – oder unwissentlich oder einfach nach dem Prinzip Hoffnung? Und wie kamen Sie und die Regierung, nachdem im Juni noch alles in Ordnung war, erst im Sommer zur späten Erkenntnis, dass der Kanton doch ein Steuersenkungsproblem haben könnte?

Dabei gab es bei den Zuger wie bei den Schweizerischen Steuersenkungen immer warnende Stimmen – die aber konsequent in den Wind geschlagen wurden.

Schuld wird abgeschoben

Was dient dem Finanzdirektor und anderen Bürgerlichen als Ausflucht für unsere Defizite? Sie lamentieren über die böse NFA, die bösen anderen Kantone. Mein Vorredner Thomas Wyss von der SVP forderte mehr Härte

gegenüber Bern. Diese Forderung ist zwar sehr medienwirksam, aber unrealistisch. Ja, die NFA könnte mit kluger Taktik durchaus etwas zu Gunsten von Zug angepasst werden. Aber die politische Realität ist: Sie bleibt, wird uns weiter belasten, also müssen wir damit intelligent umgehen.

Und: Die steigenden NFA-Kosten sind von Zug hausgemacht. Zug zieht Reiche und privilegierte Unternehmen an. So steigt das Ressourcenpotenzial und in der Folge die Höhe des NFA-Beitrags. Gleichzeitig zahlen diese Verursacher der NFA-Kosten im Verhältnis immer weniger Steuern. Zug schöpft gerade mal 13 Prozent seines Ressourcenpotenzials steuerlich ab – nur Appenzell Innerrhoden ist gleich tief. Das viel geschmähte Bern z. B. schöpft über 30 Prozent seines Potenzials ab. Alle mit finanzpolitischem Basiskennntnissen wussten und wissen, dass Zugs Steuersenkungspolitik die NFA-Schere zwischen steigenden Kosten und sinkender Ressourcenausschöpfung öffnet und so Finanzprobleme kriegt. Sie und der Finanzdirektor wichen trotzdem nicht von der Steuersenkungsideologie ab. Das war und ist einfach keine vorausschauende Politik.

... die Suche nach einer Antwort

Zurück zu meinen Eingangsfragen:

Zu 1) Wir haben ein strukturelles Defizit, weil wir – entweder absichtlich, unwissend oder nach dem Prinzip Hoffnung – eine unverantwortliche Steuerpolitik betrieben haben.

Und in diesem Zusammenhang frage ich den Kantonsrat, vor allem die Wirtschaftsvertreter unter Ihnen: Was würde in der Privatwirtschaft mit dem Finanzchef einer Firma geschehen, wenn er ein Unternehmen mit 1,4 Milliarden Jahresumsatz aus schwarzen Zahlen ungemindert in rote Zahlen führt und vorher immer sagte, die Mindereinnahmen seien kein Problem? Was würde mit einem Finanzchef geschehen, der systematisch falsch budgetiert (und zwar haut



Die Prämienverbilligung der Krankenkassen an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen soll nicht mehr ausgerichtet werden. Auch Familien werden die Leidtragenden sein.

Zug seit 1999 im Schnitt um 7,5 Prozent daneben, nur Schwyz ist noch schlechter)? Die Antwort überlasse ich Ihnen.

Was passiert in der Politik? Die eigene Partei – die CVP – traut dem Finanzdirektor bzw. der Regierung nicht mehr. Die CVP kündigte eben an, sie wolle mit 2 Motionen ihrem Finanzdirektor «engere finanzpolitische Leitplanken» geben. Vielleicht wäre im Rahmen der eben erfolgten Direktionsverteilung ein Direktionswechsel für den Finanzdirektor richtig gewesen?

Zu 2) Braucht es drastische Sparmassnahmen? Nun – der Finanzdirektor und die Regierung behaupten dies. Allerdings agieren sie angesichts der Reserven von 1,2 Milliarden eher panisch denn strategisch.

Ja, es braucht eine Korrektur. Und die ALG befürwortet explizit sinnvolles Sparen bei unnötigen Luxus- oder Pilotprojekten. Es ist die ALG, welche in den letzten Jahren am meisten sparen wollte (Strassen, VZ3, 6. Stock GIBZ, Antrag gegen BiBo etc.). Aber, wenn wir überhastet am falschen Ort sparen, riskiert der Kanton Zug seine Standortattraktivität. Sägen Sie nicht am Ast des Erfolges, auf dem Sie – wir alle – sitzen. Korrigiert werden darf nicht einzig durch Sparen bei Gesundheit, Bildung, Umwelt, Kultur auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit, sondern mit Steuervernuhnft.

Darum wird die ALG einen Antrag auf eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 Prozent stellen ...».

[Fortsetzung der Rede und Begründung des Antrags von Stefan Gisler auf der Seite 15.]

Finanzen

Der Finanzdirektor budgetierte für 2015 ein Defizit von 139,1 Mio. Für 2016 bis 2018 sind ebenfalls hohe Defizite prognostiziert. Als Gründe für Mindereinnahmen nennt die Regierung die «Wirtschaftslage» sowie erstmals explizit auch «nationale und kantonale Steuersenkungen». Doch statt die Tiefststeuerstrategie zu überdenken, kündigt die Regierung ein Sparpaket von 100 Mio. jährlich an. Bereits für das «reguläre» Budget 2015 machten viele Ämter grosse Einsparungen. Doch das war dem Kantonsrat nicht genug – er kürzte zusätzlich 3,3 Mio. bei der Vergünstigung der Krankenkassenprämien, 0,7 Mio. bei Archäologie, pauschal 5 Mio. Betriebs- und Sachaufwand in allen Ämtern und auch beim Datenschutz (100%-Stelle versprochen, 80% gesprochen). Die Kürzung des Kantonsratsbudgets, damit die Ratsmitglieder keinen Grattischnaps zu Mittag erhalten, wurde abgelehnt. Der Antrag von ALG und SP auf eine moderate Steuerfussanpassung um 2% wurde klar abgelehnt.

Wie viel ist Geschichte wert?

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin | Bild Direktion des Innern

6 Der Kantonsrat hat beschlossen, das Budget des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie zu kürzen. Die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber der Geschichte unseres Kantons ist für mich ein Armutszeugnis eines reichen Kantons.

Was wäre die Jazz-Night ohne Zuger Altstadt? Wie viele Schulklassen haben auf der Burgruine Wildenburg Geschichte hautnah erlebt? Was wären das Ägerital oder die Menzinger Hügellandschaft ohne die altherwürdigen Bauernhäuser? Was wäre, wenn unsere Geschichte erst mit dem Rütli Schwur begänne und es keine Römerinnen, Kelten und Pfahlbauern gäbe?

Kürzung um 10 Prozent

Kantonsrat Thiemo Hächler (CVP) aus Oberägeri stellte ohne Vorankündigung – was eigentlich Usus wäre – einen Antrag auf Kürzung des Saldos beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie um 10 Prozent. Dies begründete er nach meinem Verständnis sehr despektierlich gegenüber meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie auch gegenüber seinen Vorgängerinnen und Vorgängern, welche vor einigen Jahren das Denkmalschutzgesetz verabschiedeten: «Fast 90 Prozent der Mitarbeitenden werden dafür eingesetzt, damit aus jedem Aushubloch und Kanalgraben eine potenzielle archäologische Fundstätte wird.» Eine überwiegende Mehrheit des Kantonsrates stimmte dem Kürzungsantrag zu. Zusammen mit den bereits vorher vom Kantonsrat beschlossenen Kurzfristmassnahmen resultiert für das Amt gegenüber dem ursprünglichen Budget eine Reduktion des Nettoaufwands von über 920000 Franken.

Denkmalpflege ist Kulturpflege

Pikant ist die Tatsache, dass Kantonsrat Hächler, der handfeste Interessen von Bauherrschaften vertritt, seinen Antrag mit falschen Zahlen begründete und zudem behauptete, das Amt beschäftige sich mit Auf-

gaben, die das Volk weder erwarten noch gebrauchen könne. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist für die Kulturpflege verantwortlich. Die denkmalpflegerische Tätigkeit umfasst das Unterschutzstellungsverfahren, die Gewährung von Beiträgen sowie die Mitwirkung bei Planungen. Die unentgeltliche Bauberatung und



Im Kanton Zug werden immer wieder wertvolle Kulturschätze gefunden. Diese Venus-Statuetten, in Hagendorn am Ufer eines in römischer Zeit genutzten Wasserkanals ausgegraben, sind fast 2000 Jahre alt.

die Begleitung der Umbauten sind wichtige Voraussetzungen für die fachgerechte Restaurierung und Modernisierung der historischen Bausubstanz. Eine weitere zentrale Aufgabe des Amtes ist es, bedrohte archäologische Fundstellen auszugraben und historische Bauten zu dokumentieren sowie wertvolle Funde sicherzustellen. Archäologische Schätze sind am besten dort aufgehoben, wo sie sich befinden, im Boden oder

unter Wasser. Nur wenn ihr Fortbestehen gefährdet ist, werden sie geborgen. Die Untersuchungen werden wissenschaftlich ausgewertet, und die Resultate publiziert, um damit einen Beitrag zur Kenntnis der Geschichte zu leisten.

Kurzfristiger Kahlschlag – langfristiger Verlust

Unsere vielseitige Kulturlandschaft ist eine Voraussetzung für die gerade im Kanton Zug viel gepriesene Lebensqualität, für die Bildung einer kulturellen Identität und Heimat. In einer zusehends globalisierten, digitalisierten und ökonomisierten Welt wird das Authentische und Unverwechselbare als Lebens- und Standortfaktor immer wichtiger. Denkmalpflege und Archäologie leisten seit Jahren einen wichtigen Beitrag dazu, dass der Kanton Zug trotz enorm hoher Bautätigkeit wichtige Elemente seines Kulturerbes bewahren und qualitativ weiterentwickeln konnte. Der jetzt befohlene Kahlschlag ohne Rücksichtnahme auf die geplanten Massnahmen im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–18 kann zur Folge haben, dass die von Gemeinden, Privaten und Planenden dringend gewünschte Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler nun nicht wie geplant im 2018 abgeschlossen wird. Unklar ist, ob die Rettung der bronzezeitlichen Gräber in Oberwil bei Cham oder der dortige Kiesabbau gestoppt werden soll. Leidtragende sind auf jeden Fall auch viele private Eigentümerinnen und Eigentümer. Geschichtsverständnis gründet auf einer langfristigen Perspektive – der Kantonsrat hat sich sehr kurzfristig gezeigt. ■

Grüne Gurken und neue Schuhe

Jolanda Spiess-Hegglin, Co-Präsidentin Alternative - die Grünen Kanton Zug |
Bild Paula Gisler

Doch, doch. Wir sind auch zehn Wochen nach den Wahlen noch ganz beflügelt. Zugegeben, nicht mehr permanent und in jeder Situation. Dafür nicht selten sehr gut gelaunt. Die Wahlergebnisse haben uns viel von der Energie zurückgegeben, welche wir in die vergangenen zwölf Monate gesteckt haben.

Statt aktuell sieben werden wir neu zehn KantonsrätInnen im Rat haben. Das gibt uns gerade in den kommenden wichtigen Fragen mehr Gewicht. Für die einen war die Wahl eine Bestätigung, für die anderen eine grosse Überraschung. So zum Beispiel in Unterägeri, wo Marianne Hess ebenso unerwartet wie verdient in den Kantonsrat gewählt wurde. In der Fraktion deckt sie von nun an ein Fachgebiet ab, über welches sonst niemand so gut Bescheid weiss: Marianne ist Bio-Bäuerin und somit eine echte Grüne. Gurkengrün (innen grün, aussen grün), sagt man im Politjargon. Die meisten anderen grünen KantonsrätInnen sind bekanntlich melonengrün (aussen grün, innen rot). So viel zur farblichen Vielfalt in der neuen Kantonsratsfraktion.

Das Wunder von Menzingen

Natürlich waren wir am Wahlsonntag nicht nur am Jubeln. Die Abwahl von Charles Meyer in Cham und die Nichtwahl von Rémi Odermatt in Risch machten uns für kurze Zeit sprachlos. Somit haben wir in zwei wachsenden und urbanen Gemeinden keine Vertretung mehr im Gemeinderat, das ist bitter. Umso mehr, wenn man weiss, wie engagiert der Wahlkampf von Rémi Odermatt war. Dass aber in Steinhausen Andy Hürlimann und in Menzingen mein «Co» Barbara Beck-Iselin mit guten Resultaten neu in den Gemeinderat gewählt wurden, machte uns ebenso sprachlos. In Steinhausen scheint sich ja was zu tun, zumal Anastas Odermatt als zweiter Grüner Steinhauser Kantonsrat (neben Andy Hürlimann) gewählt wurde. Menzingen? Das ist eine Sache für sich. Wenn in einer katholischen und konservativen Gemeinde

wie Menzingen (und ich weiss, wovon ich rede!) eine Grüne im Majorz mit so einem guten Resultat gewählt wird, gilt mein Dank dann auch Andreas Kleeb und seinen Freisinnigen, die uns den Majorz beschert haben. Denn im Proporz wäre Barbara wohl nicht gewählt worden. Was jetzt auch ein grosses Kompliment an Barbara war.

Verfehltes Ziel und redaktionelle Tiefflüge

Doch der grösste Brocken vom Herzen fiel uns, als Manuela Weichelt im Amt bestätigt wurde. Die monatelange Kampagnenarbeit, getragen von dutzenden fleissigen HelferInnen, zahlte sich aus. Die Wahlbeschwerde wegen der ungültigen Wahlzettel hat ihr bürgerliches Ziel verfehlt und Manuela noch über 2000 zusätzliche Stimmen Unterschied auf Martin Pfister beschert. Wir haben unerträgliche Tage des Wartens hinter uns, redaktionelle Tiefflüge unserer Monopolzeitung ausgestanden und konnten schlussendlich ein zweites Mal feiern. Das ist einfach nur grossartig.

Und wie so oft fliegt mir dazu gleich ein Liedertext in meine Gedanken: mir si so mängisch verreckt & uuferschtande / hei fang so mäenge Abschtrich gmacht / ganz guet im Flüge & schlächt im Lande / mir hei viu gschlückt & hei viu glacht / ging chly nes Gnuusch, ging chly am Höie /

si i so mängi Sackgass cho / & hei a Schwärem müesse chöie / hei öppis gäh & öppis gno / mängs isch i d Hose, anders isch glunge / hei funktioniert & hei verseit / hei verlore & wieder gfunge / hei üs la trage & hei treit / mir hei Neuland entdeckt & aute Plunder / hei viu gseh cho & viu gseh gah / es isch es Gschänk, gränzt an es Wunder / nach au däm si mir ging no da.

Neue Schuhe

So singt Büne Huber (Patent Ochsner) in «Echo». Er singt weiter auch davon, dass man sich ein neues paar Schuhe kaufen soll, im Sinn von



Aufbruch, weiter gehts. Barbara und ich machen es. Schuhe, die uns in den kommenden zehn Monaten täglich tragen. Am 18. Oktober 2015 sind nämlich National- und Ständeratswahlen. Es sollten saumässig bequeme Multifunktionsschuhe sein. Solche, wie aus der aktuellen Werbung, mit welchen man durch Bäche und Kuhfladen laufen kann. Solche, mit welchen man sogar noch klettern kann. Und mit welchen man dann locker noch einen Schlussspurt hinlegen und mit erhobenen Armen durchs Ziel rennen kann. Zieht ihr mit? ■

Grüner Erfolg

Philippe Koch | Bilder Paula Gisler

8 Die Zuger Wahlen im Oktober 2014 wurden mit grosser Spannung erwartet. Der Wechsel vom Proporz zum Majorz bei den Exekutivwahlen und die erstmalige Anwendung des doppelten Proporz zur Verteilung der Kantonsratsmandate haben für Unsicherheit und Nervosität gesorgt. Für die Alternative – die Grünen Zug waren die Wahlen erfolgreich.

Im Vorfeld der Gesamterneuerungswahlen in Zug war oft von den Folgen, welche die letzte Wahlrechtsreform auf die Ergebnisse haben würde, die Rede. Erstmals seit mehr als hundert Jahren wählten die Zuger Stimmberechtigten ihre Kantons- und Gemeinderegierungen wieder nach dem Mehrheitsprinzip (Majorz). Und zum ersten Mal überhaupt kam beim Zuger Kantonsparlament der bereits im Kanton Zürich erprobte doppelte Proporz (bzw. doppelte Pukelsheim) zur Anwendung. Ironischerweise war es dann die Staatskanzlei und weniger die Stimmberechtigten, die mit den neuen Regeln Mühe bekundeten und für einige Verwirrung sorgten (siehe hierzu den Artikel von Manuela Weichelt-Picard in dieser Nummer).

Kontinuität mit Nuancen

Die bisherigen Regierungsräte und die bisherige Regierungsrätin wurden schliesslich (d. h. nach der vom Verwaltungsgericht angeordneten Neuauszählung) komfortabel im Amt bestätigt. Die Stimmbeteiligung war mit 42.6 Prozent etwas tiefer als noch 2010 (43.9 Prozent). Im Durchschnitt hat jedeR WählerIn mehr als fünf Namen auf ihren Wahlzettel geschrieben. Im Vergleich zu den Regierungsratswahlen in Zürich ist dies ein sehr hoher Wert. Dort werden meist im Schnitt nur vier Linien gefüllt. Die Zuger Stimmberechtigten haben also noch etwas Proporzgewohnheit gezeigt.

Erfolgreiche Wahlstrategie

Der Erfolg von Manuela Weichelt-Picard kann kaum überschätzt werden. Ihr Name wurde von knapp der Hälfte der Wählenden auf den Wahlzettel geschrieben. Wie gut Manuela Weichelt-Picard abgeschnitten hat,

zeigt sich, wenn man ihr Ergebnis mit dem links-grünen WählerInnenanteil bei den Kantonsratswahlen vergleicht. Die SP und die Alternativen – die Grünen Zug kommen kantonsweit zusammen auf gut 22 Prozent (Details siehe unten). Sprich: mehr als die Hälfte ihrer Stimmen hat Manuela Weichelt-Picard jenseits des links-grünen Parteilagers geholt. Die Wahlstrategie, eine von der Partei losgelöste Kampagne für die bisherige Regierungsrätin umzusetzen, war also erfolgreich. Umgekehrt ging die Strategie der bürgerlichen Parteien bei ihrem Angriff auf den grünen Regierungsratssitz ganz und gar nicht auf: Mehr als ein Viertel der bürgerlichen WählerInnen votierten trotz gegenteiliger Empfehlung der Parteileitung für Manuela Weichelt-Picard. In Menzingen, Unterägeri und Steinhausen waren es, defensiv gerechnet, sogar mehr als jedeR dritte bürgerliche WählerIn. Von einer solch grossen Unterstützung für Manuela Weichelt-Picard konnte angesichts der Kampagne, die von der «Neuen Zuger Zeitung» und den bürgerlichen Parteien gegen sie gefahren wurde, nicht ausgegangen werden.

Im Kantonsrat (fast) wie erwartet

Die erstmalige Anwendung des doppelten Pukelsheims hat zu den erwarteten Ergebnissen geführt: Die Wähleranteile haben sich nur leicht verschoben, trotzdem haben die grossen Parteien Sitze verloren und die kleinen Parteien Sitze gewonnen. Mit Ausnahme der SP.

Aus Sicht der Alternativgrünen ist es erfreulich, dass sie die Anzahl WählerInnen trotz rückläufiger Wahlbeteiligung (von 43.3 Prozent im Jahr 2010 auf 41.8 Prozent im Jahr 2014) sogar

leicht ausgebaut haben. Der WählerInnenanteil nahm zudem leicht um 0,2 Prozentpunkte zu. Überraschend deutlich fällt der Verlust der SP und der FDP aus. Die SP verliert mehr als 10 Prozent ihrer WählerInnenzahl



Monika Hirt verdankt Marco Knobel.

und ihres WählerInnenanteils. Bei der FDP sind es weniger dramatische 5 Prozent.

Werden die Ergebnisse der Alternativen – die Grünen Zug nach Gemeinden betrachtet, fallen besonders die Erfolge in Steinhausen und Menzingen auf. In beiden Gemeinden wurden die ALG-Gemeinderatskandidierenden souverän gewählt. In Menzingen konnten die Alternativgrünen ihren WählerInnenanteil bei den Kantonsratswahlen um fast 40 Prozent ausbauen. Und in Steinhausen konnte der Verlust im Kantonsrat in Grenzen gehalten werden; dies obwohl die SP im Unterschied zu 2010 angetreten ist. Weniger positiv sieht die Bilanz in der Stadt Zug aus, wo die Alternativgrünen deutlich WählerInnenstimmen (minus 10 Prozent) und auch einen Sitz verloren haben. In Baar fällt der Verlust nicht ähnlich deutlich aus. Jedoch konnte der Abstand zur SP nicht verringert werden. Dies obwohl Berty Zeiter den alternativgrünen Sitz im Gemeinderat erfolgreich verteidigen konnte.

Ausblick

Die Alternative – die Grünen Zug haben entgegen dem nationalen Trend ein gutes Ergebnis erzielt: Die Anzahl

Sitze in der kantonalen und kommunalen Exekutive konnten gehalten werden, und im Kantonsrat wächst die Fraktion um drei Mitglieder. Also, alles paletti? Jein. Die Verteidigung von Gemeinderats- und Regierungsratssitzen wird bei allen zukünftigen Wahlen eine grosse Herausforderung werden. Natürlich besonders dann, wenn einE BisherigeR nicht mehr antritt. Dementsprechend genau sollten die Erfolgsbedingungen (Steinhausen und Menzingen) analysiert und für die nächsten Wahlen aufbereitet werden. Die «Neue Zuger Zeitung» scheint in den letzten Jahren nicht nur einseitiger, sondern auch unprofessioneller zu werden. Dies haben nicht nur, aber besonders die politisch motivierten Kampagnen gegen Manuela Weichelt-Picard vor und nach den Wahlen mehr als deutlich aufgezeigt. Dementsprechend ist einerseits zu hoffen, dass die Online-Zeitung Zentral+ in Zukunft noch eine gewichtigere Rolle

übernehmen und das Medienmonopol etwas aufbrechen kann. Andererseits aber auch, dass die grossen Printmedien (wie NZZ, Tages-Anzeiger und die Sonntagspresse) ihren Lokaljournalismus aufrechterhalten, allenfalls sogar ausbauen.

Sorgen muss aber auch die Entwicklung der SP Zug machen. Denn nur eine geeinte und starke Linke, gemeinsam mit der SP, kann soziale und nachhaltige Positionen in Zug entwickeln und diesen zum Erfolg verhelfen. Die Ergebnisse der SP bei Zuger Wahlen sind seit einigen Jahren wenig erbaulich. Dass sie in diesem Jahr mit einer Kandidatin für die Regierungsratswahlen angetreten ist, die noch während der Wahlkampagne verbreitet hat, dass sie, sollte sie nicht Regierungsrätin werden, aus dem Kanton Zug wegziehen würde, zeugt weder von strategischem Geschick noch von Weitsicht seitens des Parteipräsidiums. ■



Frisch gewählt. Mehr als die Hälfte ihrer Stimmen hat Manuela Weichelt-Picard jenseits des links-grünen Parteilagers geholt.

Ergebnis Regierungsratswahlen 2014 (Gewählte = fett gedruckt)

KandidatIn	Stimmen	Anteil der Stimmen pro abgegebenem gültigen Wahlzettel
Peter Hegglin	24'261	79,6%
Matthias Michel	22'479	73,7%
Beat Villiger	21'123	69,3%
Urs Hürlimann	20'977	68,9%
Heinz Tännler	19'580	64,2%
Stephan Schleiss	17'143	56,2%
Manuela Weichelt-Picard	14'703	48,2%
Martin Pfister	12'661	41,5%
Christina Bürgi	9'069	29,7%
Stefan Thöni	3'736	12,3%

Ergebnisse Kantonsratswahlen 2014 und 2010 (* 2010 ohne Neuheim)

	ALG		SP		GLP		CVP		FDP		SVP	
	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010	2014	2010
Wählerzahl	3742	3696	2707	3020	1456	1158	7840	7800	6484	6812	6918	6686
Wähleranteil	12,8%	12,6%	9,2%	10,3%	5,0%	3,9%	26,8%	26,5%	22,2%	23,2%	23,6%	22,7%
Sitze	10	8	7	8	4	2	22	23	18	20	19	19

Gibt zu denken

Martin Stuber, Kantonsrat AGF | Illustrationen Martin Stuber

10

Der Schock sass tief bei den Bürgerlichen, als 2010 die (Rosa-)Rotgrünviolette Linke in der Stadt Zug die Mehrheit im Stadtrat errang. So tief, dass es FDP, CVP und SVP gelang, den gleichzeitigen Wechsel zum Majorz in einen vereinigten Grossangriff auf die Linke zu nutzen. BS14 wurde unter Führung einiger rechtsbürgerlicher Granden das Vehikel. Auch dank der nicht geeinten Linken gab es aber keinen Totalschaden für das rechtsbürgerliche Projekt.

Nachdem das bürgerliche 5er-Ticket nach der Nomination bei der CVP stand, war das erklärte Ziel von BS14 – mit dem visualisierten ausgefüllten Wahlzettel – die Erringung aller 5 Sitze im Stadtrat! Vom politisch zwar etwas unbedarften, aber von der Rennleitung im Hintergrund nie zurückgepiffenen Präsidenten Beat Baumann wurde das auch mehrmals und offiziell bestätigt. Auch die 5 Kandidaten bekannten sich an der Podiumsveranstaltung auf die konkrete Frage des Schreibenden (mit einer Ausnahme) explizit zu diesem Ziel. Die Ausnahme war Stefan Moos, der es allerdings verpasste, dies öffentlich deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Vielleicht hat ihn das den Sitz gekostet?

Musterbürgerlicher Raschle

Denn der gleich nach der Nomination vom Zuger Monopolblatt schon als gesetzt erklärte Urs Raschle musste noch zittern, nachdem er in Zentral+ und in Leserbriefen für seine harte BS14-Haltung und seinen auf Facebook veröffentlichten Wahlzettel, mit dem er beweisen wollte, dass er alle 5 BS14 gewählt hatte, kritisiert wurde. Wäre die Reichweite von Zentral+ in Zug grösser, hätte ihn das wohl den Sitz gekostet.

Geld, aber keine «Bürgerbewegung»

Mit einem unglaublichen Aufwand, der innert zwei Jahre wohl gegen eine Viertelmillion Franken gekostet haben dürfte, versuchte BS14 die Wahl buchstäblich zu kaufen. Mit gutem Grund weigerte sich BS14 beharrlich, Zahlen zu nennen. Eine «Bürgerbewegung» vermochte der Frontalangriff aber nicht in Gang zu setzen. Das

zeigten die vielen Veranstaltungen und die Podiumsgespräche, welche über den ganz engen FDP-CVP-SVP-Parteikreis hinaus kaum Publikum anzulocken vermochten. Und wenn, dann das falsche, wie den Bürger aus Zug-West, der nicht begreifen wollte, weshalb man denn nicht ein bisschen mit den Steuern aufgehen wolle.

Ziel verfehlt

Das Resultat schliesslich bestätigte die These des Schreibenden: Die StadtzugerInnen wollen nicht von 5 bürgerlichen Männern regiert werden. Mit einem Glanzresultat pulverisierte die linke Bildungschefin Vroni Straub-Müller alle rechtsbürgerlichen Machtträume. Das nie offen deklarierte, aber für Kenner der Hintermänner offensichtlich, effektive Ziel der «Operation BS14» war nämlich nicht nur eine bürgerliche Mehrheit, d.h. der freiwerdende Sitz von Andreas Bossard, sondern eine satte Mehrheit mittels Abwahl der starken Frau im Stadtrat. Das eigentliche Ziel war Vroni Straub-Müller. In seiner Enttäuschung über diesen Ausgang gab der freisinnige Financier Andreas Kleeb der Neue-ZZ-Journalistin einen kurzen Moment Einblick in seine Seele: «Natürlich», so gibt Kleeb zu, «hätten wir uns noch einen vierten Sitz gewünscht.»

Frust für SVP ...

Besonders frustrierend war das Experiment BS14 für die SVP. Die liess sich das Mitmachen teuer erkaufen – Bauchef Wicki durfte ohne innerbürgerliche Konkurrenz Dolfi Müller das Stadtpräsidium abjagen. Seine parallel zur BS14-Propagandawalze laufen-

de massive persönliche Kampagne vermochte aber Wickis inhaltliche Schwäche nicht zu übertünchen und beim Casino-Balkongate wurde nur dank gütiger Hilfe der Zuger Prawda seine Führungsschwäche nicht völlig offensichtlich. Die Quittung erfolgte an der Urne – 1115 Stimmen hinter Dolfi Müller. Vollends zum Desaster wurde die Stadtratswahl für die SVP mit dem Absturz des zweiten SVP-Stadtratskandidaten, der ganz offensichtlich von der CVP- und FDP-Wählerschaft ignoriert wurde. Vielleicht bemerkten die Leute aber auch ganz einfach Jürg Messmers Führungsschwäche (sein PUK-Romer-Kommissionspräsidium war keine Glanztat) und – Undank ist der Welt Lohn! – die Schonung der FDP im Kommissionsbericht machte sich nicht bezahlt.

... und FDP

Die FDP kalkulierte cleverer als die SVP-Mannen. Lieber etwas low profile agieren nach den beiden unrühmlichen Abgängen der letzten beiden FDP-Stadträte Straub und Romer. Und gut getimed mit dem amtierenden GGR-Präsidenten antreten. Geklappt hat es aber doch nicht, denn ...

CVP lachende Dritte

... die lachende Dritte war die CVP. Alles auf eine Karte setzen und sich um Kleeb's Wahlstrategie foutieren: Die CVP nominierte einen Mann und nicht eine Frau, die dann Vroni Straub den Sitz streitig machen würde. Nebenbei bemerkt: Weder FDP noch SVP hatten eine valable Frau für den Stadtrat. Der Opportunismus der CVP – «Wir machen bei BS14 nur mit, weil wir wieder in den Stadtrat wollen.» – machte sich bezahlt. Und Raschle's Nomination dürfte richtig gewesen sein: Bei den gleichzeitig stattfindenden Kantonsratswahlen lag Raschle mit fast 400 Stimmen Vorsprung sehr deutlich vor seiner innerparteilichen Konkurrentin Silvia Thalmann.

SP-Alleingang

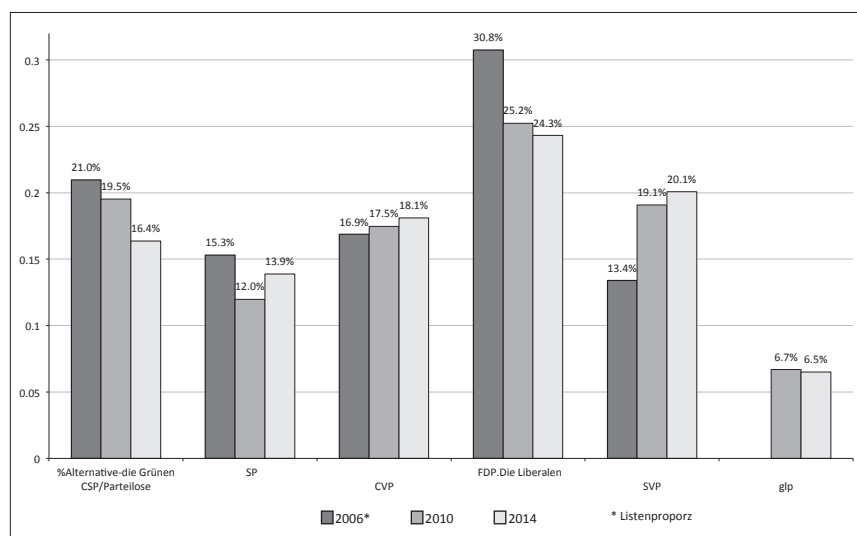
Es würde zu weit führen, hier aufzuzählen, was von alternativer grüner und CSP-Seite hinter den Kulissen alles versucht wurde, um die SP von ihrem Alleingang bei den Stadtratswahlen abzubringen. Und das seit 1990 (mit einer Ausnahme 1998) funktionierende Erfolgsrezept bei den Stadtratswahlen ausgerechnet im Moment des bürgerlichen Frontalangriffes über Bord zu werfen. Hochmut kommt vor dem Fall – der Absturz von SP-Mann Bertschi, der nun schon zum dritten Mal erfolglos für den Stadtrat kandidierte, hätte deutlicher nicht sein können. Und dass der langjährige Fraktionschef und BPK-Präsident von der alternativen grünen Newcomerin Jolanda Spiess-Hegglin geschlagen wurde, müsste der SP-Spitze zu denken geben.

Linke Verluste im Parlament

Den Alternativen Grünen/CSP zu denken geben muss ihr Resultat in den Parlamentswahlen. Während sich der Verlust gegenüber 2010 beim Kantonsrat mit 1,5 Prozent noch einigermaßen in Grenzen hält, sind es im GGR 3,1 Prozent. Die SP verliert im Kantonsrat 0,7 Prozent und gewinnt im GGR 1,9 Prozent. Es fällt auf, dass die Exekutivkandidaturen im Nationalratsproporz, wo jede persönliche Stimme auch eine Parteistimme ist, bei der Linken einen spürbaren Effekt haben. So gibt es im GGR zugunsten der SP einen Sondereffekt Bertschi (rund 500 Stimmen zusätzlich = 0,2 Prozent) und im Kantonsrat schenkt der «Vroni-Effekt» mit rund 1200 Stimmen und derjenige von Jolanda mit rund 400 Stimmen ein – diese 1600 Stimmen entsprechen im Kantonsrat immerhin 1,2 Prozent Wähleranteil!

Welchen Anteil der Abgang von Rupan (dessen Aktionen gegen Jo ja schon bei den Nationalratswahlen 2011 passierten und die Vertrauensbasis mit ihm war schon 2010 zerstört) gehabt hat, ist schwer einzuschätzen, aber geholfen hat es uns sicher nicht.

WählerInnenanteil Grosser Gemeinderat Stadt Zug



Stadtratswahlen 2014

Kobelt Karl, 1959, FDP (bisher)	4'495
Müller Dolfi, 1955, Stadtpräsident, SP (bisher)	4'220
Straub-Müller Vroni, 1963, Stadträtin/Hebamme, CSP (bisher)	4'057
Wicki André, 1962, Stadtrat, SVP (bisher)	3'783
Raschle Urs, 1977, Geschäftsführer, CVP	3'292
ohne Sitz	
Moos Stefan, 1968, dipl. Bauingenieur FH, FDP	3'247
Spiess-Hegglin Jolanda, 1980, Journalistin, Grüne	2'112
Bertschi Urs, 1955, Rechtsanwalt, SP	2'098
Messmer Jürg Joseph, 1963, Verkaufsberater, SVP	2'050
Kottelat Michèle, 1953, Unternehmerin, GLP	1'728

Nicht geholfen hat auch der Namenswechsel auf «Grüne», welcher mit einem Zufallsmehr von einer Stimme an einer kantonalen Versammlung vom Vorstand so kurz vor den Wahlen durchgedrückt wurde. Und schliesslich gelang es trotz grosser Anstrengungen des städtischen Vorstandes nur beschränkt, die Parteibasis zu mobilisieren.

Der Konfrontation ausgewichen ...

Im GGR kommt hinzu, dass die Fraktion nicht fähig war, der ständigen

Kampagne der Neuen ZZ gegen unseren Stadtrat Andreas Bossard etwas Wirksames entgegenzusetzen. Es ist wirklich ein Phänomen, wie es der Neuen ZZ gelungen ist, beim Fall Romer aus einer FDP-Affäre eine Affäre linker Stadtrat und insbesondere eine Affäre Andreas Bossard zu machen, entgegen aller Fakten und tatsächlichen Ereignisse.

Der Konfrontation ausgewichen ist die Linke als Ganzes schliesslich bei BS14. Dabei hätten ausnahmslos alle BS14-Veranstaltungen «gekehrt»

werden können – zu schwach waren die fünf BS14-Kandidaten inhaltlich. Wer sich dem Gegner nicht stellt, verdient es nicht zu gewinnen. Es blieb der privaten Initiative von zwei «Alten» vorbehalten, mit wenigen, aber beachteten Plakaten und einem Flugblatt («Wollen Sie wirklich 5 bürgerliche Männer (BS14) im Stadtrat?») in alle Haushalte wirksam dagegenzuhalten.

Zwei Bewährte und eine neue, junge Kraft, damit Zug kein zweites Monaco wird.

Vroni Straub
«Ständig neue Wohnungen bauen und dann den nötigen Schulraum vernachlässigen – das geht nicht. Als Vorsteherin des Bildungsdepartaments will ich die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben schaffen.»

Jolanda Spiess-Hegglin
«Sparpakete bei den Familien und Schwächen bei der Bildung und dem Sozialen und gleichzeitig Herrenteuern und Firmen nur minimal besteuern? Das kann es nicht sein!»

Dolfi Müller, unser Stadtpräsident
«Zug ist meine Heimat. Heimat ist für mich ein persönliches Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die uns alle trägt. Dieses Heimatgefühl muss in Zug erhalten bleiben.»

Vroni Straub, Dolfi Müller und Jolanda Spiess-Hegglin heisst die Alternative.

Wollen Sie wirklich 5 bürgerliche Männer (BS14) im Stadtrat?

Wir sind transparent... und die 5 Plakate haben das Bewusstsein der Bevölkerung geweckt und mehr Druck auf den Stadtrat ausgeübt.

Mit diesem Flugblatt wurde BS14 wirksam entlarvt.

... und einen Sitz verloren

Das Resultat ist ein alternativ-grüner Sitzverlust im Kantonsrat und ein «Tausch» im GGR – die SP behält den Sitz, den sie mit dem Wechsel von Rupan Sivaganesan zur SP 2013 geerbt hat. Der Linken besonders zu denken geben muss aber der Trend: Hatte sie 2006 im GGR noch einen WählerInnenanteil von über 36 Prozent (mit Listenproporz), so ist dieser bis 2014 auf 30,3 Prozent gesunken. Was bei der SP auffällt, ist, dass im Gegensatz zum KR auf der GGR-Liste viele Jusos kandidierten. Die Juso-Frau und fleissige Leserbriefschreiberin Anna Spescha hätte sogar um ein Haar die kantonale Präsidentin Gysel geschlagen. Jetzt hockt das Duo Gysel/Rupan in beiden Räten ...

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die linke Schwäche im Parlament muss und darf angesichts der rasanten Veränderungen in der Stadt und angesichts von zahlreichen Abstimmungssiegen nicht sein. Im Stadtrat war 2014 die erste Majorz-

Schicksalswahl. Wir haben sie dank eines sehr eingemitteten bisherigen Stadtpräsidenten und dank einer führungsstarken und glaubwürdigen linken bisherigen Frau bestanden. 2018 wird die zweite, aber dann wirkliche Schicksalswahl stattfinden. Noch einmal einen SP-Alleingang kann sich die Linke nicht leisten, sonst ist das Resultat vorprogrammiert. Ein 3er-Ticket wäre wohl die logische Antwort auf

Mediale Steppe

Vom BS14-Geldsegen massiv profitiert hat die «Neue Zuger Zeitung». BS14 hat mehr Inserate geschaltet als die drei bürgerlichen Parteien zusammen. Ein hoher fünfstelliger Betrag dürfte in die Kasse der tiefbürgerlichen Monopolzeitung geflossen sein. Ist die Beisshemmung vor allem gegenüber FDP und CVP eh schon sehr klein, so war sie bei BS14 völlig verschwunden.

Zentral+ thematisierte zwar BS14 recht ausführlich, aber mit zu wenig Biss und man hatte immer wieder das Gefühl, die Redaktion müsse beweisen, dass sie genügend Distanz zu uns hat. Das gipfelte in einem Artikel über die Plakate der Parteien, wo zwar verschämt am Schluss das Verdikt des befragten Experten lautete, dass die Alternativen das beste Regierungsratsplakat hätten – ansonsten existierten die Alternativen Grünen im Artikel weder textlich noch in den Illustrationen. Dass das im Artikel so gerühmte Plakat mit Manuela Weichelt-Picard wenigstens in der gedruckten Sonderausgabe erschien, war dem einzigen Partei-Inserat zu verdanken ...

In der Stadt hat Zentral+ die Flug-Initiative Bossard/Stuber und das eigentliche Ziel von BS14 - den Sitz von Stadträtin Vroni Straub-Müller – totgeschwiegen. Vroni Straub-Müller existierte in Zentral+ schlicht nicht. Das populär gewordene Flugmotiv wurde zwar am Schluss als Hintergrund-Illustration (ohne Quellenangabe ...) für einen Artikel genutzt, das war's dann schon.

Die Zuger Alternativen Grünen haben allen Grund, sich innert nützlicher Frist eingehend mit der Zuger Mediensituation auseinanderzusetzen und eine Strategie zu entwickeln. Der heutige Zustand ist unhaltbar und resultatwirksam bei Wahlen und Abstimmungen.

die Herausforderung. Und die NachfolgerInnen von Dolfi Müller müssen schon heute aufgebaut werden.

Die Stadtzuger Linke ist also gut beraten, die Resultate sorgfältig zu analysieren und sie sollte bald einmal gemeinsam an einen Tisch sitzen. Ist es ein Zufall, dass 2006 dieses Resultat von einer Linken ohne vorgängige Querelen mit einer attraktiven 3er-Liste für den Stadtrat und einer guten Stimmung innerhalb der Linken erreicht wurde?

Vornherein chancenlos sind wir nicht. Unter gütiger Mithilfe der Zuger Prawda konnte der Misserfolg von BS14 zwar verwedelt werden. Aber die schnelle und geräuschlose Auflösung des Vereins, die dem Vernehmen nach im Januar auch formal vollzogen wird, sagt eigentlich alles. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass 2018 beim Kampf um den höchstwahrscheinlich freiwerdenden Sitz von Stadtpräsident Dolfi Müller alle drei BS14-Parteien Ambitionen haben werden. Ein bürgerliches 5er-Ticket dürfte es da kaum mehr geben. ■

Wahl ohne Qual

Esther Haas, Kantonsrätin Alternative – die Grünen, Cham | Bild Alternative – die Grünen

Barbara Beck ist – nach Pia Rhyner – die zweite grüne Gemeinderätin in Menzingen. Ihr sehr gutes Wahlergebnis ist sowohl für sie persönlich als auch für die Alternativen – die Grünen ein riesiger Erfolg. Grüne Politik findet Anerkennung in einem stark bürgerlichen Umfeld – trotz Majorz. Die starke Verankerung von Barbara Beck in Menzingen, ihre breite Vernetzung, war wohl ausschlaggebend dafür. Esther Haas hat sie interviewt.

Esther Haas: Barbara, ich erinnere mich, als du vor etwa einem Jahr zu einer möglichen Kandidatur meintest: «Soll ich mich auf eine chancenlose Kandidatur einlassen?» Woher kam der Stimmungsumschwung?

Barbara Beck: Als Anfang 2014 zwei Gemeinderäte ihren Rücktritt bekannt gaben, dachte ich mir: «Wenn schon kandidieren, dann jetzt.» Viele Leute – aus der Gemeinde und der Partei – haben mich unterstützt.

Esther Haas: Welche Chancen hast du dir vor der Wahl ausgerechnet?

Barbara Beck: Mir war klar, dass es kein Selbstläufer wird. Es hat immer wieder Leute gegeben, die mir sagten: «Als Grüne in Menzingen? – Da bist du aber sehr blauäugig.» Trotz dieser Stimmen wollte ich es versuchen. Mir war klar: Ich konnte nur mit einer starken Unterstützung antreten. Wir überlegten, ob ich gleichzeitig auch für das Präsidium antreten sollte. Ich entschied mich gegen die Kandidatur. Nicht weil ich das Gefühl hatte, nicht über das Profil zu verfügen, sondern einfach, weil ich dachte, dass dies bei den Wählerinnen und Wählern nicht gut ankommt. Im Mai wurde ich dann als Gemeinderatskandidatin nominiert. Ich war überrascht über die vielen positiven Reaktionen ausserhalb der Partei.

Esther Haas: Wie hast du für deine Wahl geworben?

Barbara Beck: Durch meine bisherige Arbeit. Ich wohne und arbeite seit 28 Jahren in Menzingen. Ich kenne die Sorgen und Freuden der Bevölkerung. Ich war bei den jungen Müttern aktiv, in der Elterngruppe, ich gründete den Mittagstisch, arbeite in der familie-

ergänzenden Kinderbetreuung. Ich begegne den Menschen auf Augenhöhe, Menschen und deren Geschichten interessieren mich.

Die Themen der kantonalen Kampagne waren auch meine: Wohnungsnot, soziale Verdrängung, Bildung und fairer Rohstoffhandel.

Ich war nie alleine unterwegs. Begleitet von tollen Plakaten, die überall im Dorf hingen, führten wir einen lustvollen Wahlkampf, am Morgen früh an den verschiedensten Bushaltestellen und auch in den Aussenweilern. Besonders gut in Erinnerung bleibt mir die Fahrt mit Ross und Wagen – mit Manuela Weichelt auf dem Wagen – quer durchs Dorf.

Esther Haas: Am 5. Oktober hast du die Wahl geschafft. Überrascht?

Barbara Beck: Überrascht war ich ob des sehr guten Resultats. Es waren schöne Momente, als so viele Menschen mit mir die Freude teilten.

Esther Haas: Welches sind für dich die Hauptthemen für den Menzinger Gemeinderat?

Barbara Beck: Die Asylunterkunft Gubel. Dann der Rückgang der Schülerzahlen: In Menzingen wurde in den letzten 20 Jahren kaum gebaut. Weil es bis jetzt für Mietwohnungen kaum einen Markt gegeben hat, kamen auch keine jungen Familien nach Menzingen. Mit der Überbauung des Klosters wird es eine Veränderung in der Bevölkerungsstruktur geben. Diese rund 70 Mietwohnungen sind ein Riesenschub. Ein weiteres Thema gilt dem Erhalt des Gewerbes, das der Bevölkerung Arbeitsplätze bietet. Dadurch können auch Vereine und Institutionen wie die



Feuerwehr profitieren. Wir müssen auch den lokalen Einkaufsmöglichkeiten Sorge tragen.

Esther Haas: Der neue Menzinger Gemeinderat setzt sich aus zwei Männern und drei Frauen zusammen. Wird es Akzentverschiebungen geben?

Barbara Beck: Es gibt bestimmt frischen Wind. Im bisherigen Gemeinderat waren drei Männer, die auch privat eng verbunden waren. Dies hat viele gestört. Aus Frauensicht werden wir bestimmt eine andere Gesprächskultur pflegen, wo nicht Präsidialentscheide dominieren, sondern der Konsens gesucht wird. ■

Schnoddriger Journalismus

Von Hanspeter Spörri, freier Moderator und Journalist | Bild BULLETIN

14

Das Jahrbuch «Qualität der Medien Schweiz» konstatiert, die journalistische Qualität erodierte weiter. Das überrascht nicht. Aber was heisst Qualität im journalistischen Alltag? Es geht nicht nur um Geld – von dem immer weniger vorhanden ist. Es geht auch um Haltung. Ein Beispiel aus dem Kanton Zug scheint mir geeignet, um aufzuzeigen, was passiert, wenn man sich als Redaktion falsche Ziele setzt und «kritisch» mit schnoddrig verwechselt.

Ich bin darauf gestossen, weil ich die kürzlich wiedergewählte Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard kenne und aus der Distanz verfolge, was über sie geschrieben wird. Die «Neue Zuger Zeitung» – eine Regionalausgabe der «Neuen Luzerner Zeitung» – gibt sich ihr gegenüber betont kritisch. Wenn man das Blatt liest, bekommt man den Eindruck, Weichelt-Picard sei verantwortlich für alles, was im Kanton Zug schiefläuft.

Mangelhaft recherchiert

Eine Zeitung darf und soll kritisch schreiben. Aber sie muss Fakten korrekt recherchieren und die Berufsregeln einhalten. Vor allem muss sie Kritisierte zu Wort kommen lassen. Zumindest in einem Fall hat die «Neue Zuger Zeitung» das offensichtlich nicht getan:

Am 11. Oktober erscheint unter dem Titel «Wahlzirkus in nächster Runde» ein Beitrag über die Wahlbeschwerde, die gegen die Zuger Regierungsratswahlen eingereicht wurde. Autor C. K. weist darauf hin, dass die Wahlunterlagen «zweifellos zum exorbitanten Anteil von 9,4 Prozent ungültiger Wahlzettel wesentlich beigetragen haben». Vor vier Jahren seien nur gerade 0,6 Prozent der Zettel nicht gültig gewesen. So weit, so gut. Dann lässt er einen der Beschwerdeführer zu Wort kommen, den Anwalt Raffael Weidmann, der einen happigen Vorwurf platziert: Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard sei als Vorsteherin des Innern für die Ausgestaltung der Wahlunterlagen verantwortlich. Sie habe die von der kantonsrätlichen Kommission gestellten Anforderungen an das Informationsbeiblatt nicht beachtet;

damit könne der Verdacht aufkommen, dass sich Weichelt-Picard möglicherweise einen Vorteil gegenüber der SP-Kandidatin und dem CVP-Kandidaten habe verschaffen wollen.



«Die «Neue Zuger Zeitung» gibt sich Manuela Weichelt-Picard gegenüber betont kritisch. Wenn man das Blatt liest, bekommt man den Eindruck, sie sei verantwortlich für alles, was im Kanton Zug schiefläuft.»

«Sie hat vielleicht darauf spekuliert, dass Bisherige bei vielen ungültigen Stimmen einen Vorteil haben» – so zitiert C.K. den Beschwerdeführer wörtlich.

Ehrenrühriger Vorwurf

Was macht ein guter Journalist nun? Er konfrontiert Manuela Weichelt-Picard mit den Vorwürfen. C.K. macht das nicht. Er verwendet in seinem Text aber Zitate aus einem Gespräch, das er vor Bekanntwerden der Wahlbeschwerde mit der Regierungsrätin geführt hat. Er macht das, «weil sie wegen des laufenden Verfahrens seit gestern keine Fragen mehr beantworten darf», wie er schreibt. Eine Überinterpretation. Vorwürfe zurückweisen hätte sie wahrscheinlich schon dürfen. Die Formulierung zeigt, dass es dem Journalisten nicht ganz wohl

ist und er vermutlich weiss, dass Angeschuldigte bei schweren Vorwürfen anzuhören sind. Und der klar geäusserte Verdacht der Wahlmanipulation an eine Regierungsrätin ist ein schwerer, geradezu ehrenrühriger Vorwurf.

Im zitierten früheren Gespräch sagte Weichelt-Picard, man sei davon ausgegangen, dass hinreichend Hinweise für eine gültige Stimmabgabe bestünden. Sie fasste damit wohl die Haltung des Regierungsrats zusam-

men, nicht unbedingt ihre eigene. Im Artikel der «Neuen Zuger Zeitung» erscheint die Aussage hervorgehoben. Auch das ist aus meiner Sicht berufsethisch fragwürdig. Denn die Aussage wurde nicht im Zusammenhang mit der Wahlbeschwerde gemacht.

Wie man in Zug nun hört, hatte Regierungsrätin Weichelt-Picard auf die Mängel der Wahlunterlagen hingewiesen und eine Verfügung erlassen. Die Staatskanzlei habe diese aber ignoriert. Gerne würde man dazu etwas in der Zeitung lesen.

Berufsregel verletzt

Über die Wahlbeschwerde urteilte das Zuger Verwaltungsgericht am 23. Oktober. Es kam zum Schluss, die für ungültig erklärten Wahlzettel seien mitzuzählen. Dies führte dazu,

Schönreden

Fortsetzung

dass Manuela Weichelt-Picard nun nicht mehr nur knapp mit 205 Stimmen mehr als der an achter Stelle liegende CVP-Kandidat gewählt wurde, sondern mit 2042 Stimmen Vorsprung. «Insofern führt die Gutheissung der vorliegenden Beschwerde auch zu einer erhöhten demokratischen Legitimation der Mitglieder des Regierungsrates», liest man in der Medienmitteilung des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug.

Was sagt nun C. K. zum Vorwurf, er arbeite unfair und verletze eine zentrale Berufsregel? Ich weiss es nicht. Für eine fundierte Recherche fehlt das Geld. Und ich vermute, der Zuger Journalist würde ohnehin nichts sagen. Sollte er den Vorwurf zurückweisen wollen, könnte er ja an den Presserat gelangen. Oder (im Falle eines Online-Artikels) die Kommentarfunktion nutzen.

Medienqualität?

Medien dürfen links oder rechts stehen. Aber sie sollten fair sein – und ein bisschen unabhängig. Dies gilt nicht nur für Grossmedien, für «Tagi», «NZZ», «Basler Zeitung». Wir sollten auch in den Kleinstädten genauer hinschauen. Zug ist einer der weltbewegenden Orte der Schweiz. Medial wird es von seiner einzigen Tageszeitung ungenügend und, wie das Beispiel zeigt, einseitig ausgeleuchtet. ■

Hanspeter Spörri

Hanspeter Spörri ist freier Moderator und Journalist in Teufen (Appenzell Ausserrhoden). Er arbeitete ab 1976 als Lokal-, Kultur- und Auslandsredaktor verschiedener Zeitungen und eines Lokalradios. Von 2001 bis 2006 war er Chefredaktor des «Bund».

Fortsetzung der Rede «Schönreden»
von Stefan Gisler Seite 5

15

Antrag Steuererhöhung

«... Im Eintreten habe ich bereits darauf hingewiesen: Zug hat die Steuereinnahmen mit diversen Revisionen so stark reduziert, dass der Kanton nun auf lange Sicht zu tiefe Erträge generiert, um selbst wichtige und richtige Aufgaben erfüllen zu können. Meine Kritik an der Steuerpolitik wurde im Eintreten als «emotional» qualifiziert. Ob das eine fundierte Verteidigung der Tiefsteuerpolitik ist, überlasse ich ihrem Ermessen.

Wir haben lange Geduld gezeigt, keine Steuererhöhung gefordert und nur aus unserer Sicht falsche Senkungen bekämpft – hier ganz sachlich eine nicht vollständige Zusammenstellung:

2011: Nein zur Senkung der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaft – Verluste für Kanton und Gemeinden 50 Millionen.

2008: Nein zur Senkung der Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften – Verlust für Kanton und Gemeinden 23,4 Millionen. Nein zur Senkung der Vermögenssteuer für Vermögen über 600000 – Verluste für Kanton und Gemeinden 19,8 Millionen. Nein zur Abschaffung der Doppelbesteuerung für Aktionäre – Verluste für Kanton und Gemeinden 7,2 Millionen.

2006: Ebenfalls Nein zur Abschaffung der Doppelbesteuerung – Verluste für Kanton und Gemeinden rund 15 Millionen.

Alles Senkungen, die weder Mittelstand noch Familien zugute kamen. Gregor Kupper (Präsident der Stawiko) warf der Stadt Zug im Juni 2014 zu Recht vor, sie hätte mit der letzten Steuersenkung übertrieben und sollte erwägen, angesichts ihrer Finanzlage, die Steuern um 2–3 Prozent zu erhöhen. Aus Sicht der ALG hat auch der Kanton spätestens mit der letzten Steuergesetzrevision 2011 übertrieben und sollte nun den Steuerfuss massvoll um 2 Prozent auf 84 Prozent erhöhen.»

Meisterliche Fehlplanung

Dieter Nussbaum, Komitee Stadttunnel Zug - nein danke | Bild Baudirektion

16

Die kantonale Baudirektion hat sich daran gemacht, einen Beitrag zu leisten an die Gestaltung des Verkehrs in der Stadt Zug ab dem Jahr 2030. Dazu hat sie ein gigantisches Infrastrukturvorhaben mit exorbitanten Kosten, Risiken und gravierenden Folgeproblemen erarbeitet. Zum Projekt Stadttunnel Zug mit Zentrum Plus stellen sich mehrere Grundsatzfragen.

Zurzeit prallen im Kantonsrat zwei «Geschäfte» aufeinander, die nicht widersprüchlicher sein könnten. Auf der einen Seite wird ein rigoroses Sparprogramm angeschoben. Kein Bereich der öffentlichen Dienstleistungen soll geschont werden. Auf der anderen Seite ist das Parlament auf die Vorlage «Stadttunnel Zug mit Zentrum Plus» eingetreten. Es handelt sich um ein Vorhaben mit einem umstrittenen Budget von 890, 950 oder (realistisch gesehen) weit über 1000 Millionen Franken. Extremste Auswirkungen auf den Staatshaushalt sind absehbar, bis hin zur Aussenverschuldung des Kantons. Damit einher geht eine drastische Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand.

Im Kantonsparlament wird nun versucht, die Debatte über die Vorlage auf simple Fragen der Finanzierung zu reduzieren. Soll die finanzgeplagte Stadt Zug 60, 100 oder 120 Millionen beitragen? Um wie viel Prozent (25 oder 50) soll die Motorfahrzeugsteuer über wie viele Jahre (20 oder eher 30) angehoben werden? Solche Diskussionen mögen parteipolitisch wichtig sein, sie lenken jedoch ab vom Kern der Sache. Die Grundsatzfragen stellen sich anders: Führt dieses Projekt tatsächlich zu einer Verkehrsentslastung in der Stadt? Macht die Errichtung eines Zentrums Plus Sinn? Sind die extrem hohen Kosten (wie immer sie finanziert werden) gerechtfertigt?

Mehrverkehr und noch grössere Staus

Der geplanten Entlastung im Zentrum steht die Tatsache gegenüber,

dass das Projekt insgesamt Mehrverkehr in Zug bewirkt. Dies geht direkt aus der Regierungsvorlage hervor: Das durchschnittliche Verkehrsaufkommen (DTV) auf den verglichenen Strassen für 2030 ohne Strassentunnel ist mit insgesamt 191'000 Fahrzeugen aufgeführt (Referenzzustand), jedoch mit dem Strassentunnel (Betriebszustand) mit insgesamt 234'000 Fahrzeugen. Es fehlt in der Vorlage eine Umlegung des Spitzenstundenverkehrs an einem Werktag, da sich genau da zeigen würde, dass das Verkehrsnetz, und insbesondere die Knoten, das Verkehrsaufkommen kaum bewältigen können. Gross-Staus sind programmiert. Ebenso bedenklich: Der induzierte Mehrverkehr soll in die bevölkerungsreichen Aussenquartiere verschoben werden. Dass alle Quartiere ein Anrecht auf eine Verkehrsentslastung haben (Stadt Plus), daran dachten die Planer nicht.

Das Zentrum Plus als Fallgrube

Mit dem Zentrum Plus wird angestrebt, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern. Die hübschen, visualisierten Darstellungen einer verkehrsfreien, belebten Vorstadt und Innenstadt haben etwas Trügerisches. Die Gefahr besteht, dass die Nutzung der Strassen im Zentrum zu einem dauernden Zankapfel zwischen Anwohnern und Öffentlichkeit würde. Zudem käme es im Gebiet des verkehrsberuhigten Zentrums nochmals zu einer signifikanten Steigerung der Liegenschafts- und Mietpreise. Die Innenstadt würde zu einer Hochpreisinsel und zu einem anonymisierten, musealen Gebilde.

Im Projekt ist vorgesehen, ein Verkehrsregime mit drei voneinander getrennten Kammern einzuführen. Die projektierte Einteilung in drei Stadtzuger Zonen macht grundsätzlich lange Zusatzfahrten notwendig. Das Projekt enthält keine Massnahmen zur Wachstumsverflachung des motorisierten Individualverkehrs (MIV).

Damit ortskundige Fahrzeuglenker davon abgehalten werden, auf kürzestem Schleichweg von einer Kammer in die andere zu wechseln, braucht es eine Armee von Verbotsschildern und Hindernissen. Die geplante Dreikammern-Einteilung zwingt die Stadt Zug in ein enges Korsett, impliziert eine aufwändige Bewirtschaftung von Ausnahmebewilligungen, eingebaute Schikanen, und sie bringt vor allem den Werktätigen grosse Benachteiligungen.

Wer sich im Tunnel- und Tiefbau auskennt, weiss, dass die Stadttunnel-Anlage nicht unter einer Milliarde Franken zu haben ist. Ganz zu schweigen von den Kosten für Unterhalt, Betrieb, Sicherheit und Nachbesserungen. Die Befürworter führen an, dass dem ein grosser Gegenwert gegenübersteht. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist jedoch dermassen miserabel, dass der Bund (Agglomerationsprogramme) nicht bereit ist, sich zu beteiligen. Das Projekt hat finanziell und baulich eine Dimension, die keineswegs zu einem Städtchen mit weniger als 30000 EinwohnerInnen passt.

Umweltaspekte

Das monströse Projekt greift in ein sehr sensibles Gebiet in Zug ein (Boden und Wasser). Der Umstand, dass das Aushubmaterial lediglich als Massenschüttgut verwendet werden könnte, sagt viel aus über die Qualität des Untergrunds. Es ist zu befürchten, dass das Projekt Staats- und Steuergelder schlichtweg in den Sand setzt. Abrutsche, Absenkungen und entsprechend katastrophale

Auswirkungen sind ein realistisches Szenario. Das ungeheuerliche Ausmass der zu bewältigenden Materialien, des beanspruchten Logistik-Raumes und des Baus insgesamt würde dicht besiedelte Gebiete in Zug auf Jahre hinaus schwer belasten. Heute idyllische Gebiete wie die Metallstrasse-Ost, die Rothuswiese und die Guggiwiese fallen dem Bau zum Opfer.

Im Bericht und Antrag des Regierungsrats wird vage Bezug genommen auf das Label der Stadt Zug als «Energistadt» und zur Annahme der Initiative «2000 Watt für Zug». Aber kein Wort ist zu lesen zur grauen Energie und keine Information über eine Ökobilanz.

Eine vierte Grundsatzfrage

Die Erörterung der bisherigen Schlüsselfragen ergibt eine kritische Einschätzung und eine Ablehnung des Projekts und führt zu einer vierten Grundsatzfrage: Gibt es zum Stadttunnel-Vorhaben eine Alternative, die viel kostengünstiger, nachhaltig und auch rascher realisierbar ist?

Gebetsmühlenhaft sprechen die Tunnelbefürworter von der letzten Chance für die Stadtentwicklung und vom flüssigen Verkehr. Die Baudirektion meinte sogar drohend und erpresserisch: «Einen Plan B gibt es nicht» und «Stadttunnel oder nichts».

Die Lancierung und Erarbeitung des Projekts «Stadttunnel Zug mit Zentrum Plus» zeigt einen Mangel an Phantasie und zeugt von einer dramatischen Verengung der Sichtweise. Es wurde auf den falschen Ansatz fokussiert, und jetzt sind alle aufgefordert, dem grossen Geld nachzurennen. Abgesehen von der Förderung des ÖV haben die Zuger Behörden seit Jahren und Jahrzehnten die Potenziale eines modernen Mobilitätsprogramms ausser Acht gelassen. Stattdessen planen sie die Gestaltung der Mobilität 2030–2040 mit einer Projektidee aus



Die Visualisierung der Baudirektion täuscht: Auch das Portal an der Gotthard-/Industriestrasse würde bei einer Annahme des Projekts zu einem Ort mit absehbarem Gross-Staus. Zudem sind die (verdeckten) Terrassenhäuser vom Abrutschen bedroht.

dem letzten Jahrhundert. Im Wissen, dass sich die Fahrzeugflotte 2030 wesentlich von heute unterscheidet. Obwohl auch im Kanton Zug bald Sammeltaxis verkehren. Obgleich evident ist, dass eine Charmeoffensive für den ÖV und die systematische Förderung von Fahr- und Fahrzeuggemeinschaften nachhaltige Wirkungen entfalten. Konzepte wie «Shared Space» und «Autofreies Wohnen» werden in den Ämtern belächelt.

Schrittweise in die Zukunft

Doch, es gibt eine Alternative zum Projekt der Grosstunnel-Anlage. Diese beginnt mit der Einsicht, dass sich die Voraussetzungen und die Anforderungen an die Mobilität laufend verändern. Es braucht Offenheit und etwas Mut, sich umsichtig und flexibel mit facettenreichen Handlungs- und Lösungsansätzen auseinanderzusetzen und diese in einen neuen programmatischen Ansatz zu bringen.

Das Parlament ist gut beraten, unseren Kanton vom Monsterprojekt «Stadttunnel Zug mit Zentrum Zug» zu befreien und damit den Weg zu ebnen für ein kostengünstiges, mo-

dernes, rasch wirksames und nachhaltiges Mobilitätsprogramm. An geeigneten Ansätzen und eindrucksvollen Erfahrungen (in der Schweiz und international) mangelt es dabei nicht. ■

Das funktioniert nie!

Marco Knobel, Junge Alternative Zug

18

Kapitalismus und Ökologie? Das funktioniert nie! 1972 erschütterte der Club of Rome die westliche Wohlstandsgesellschaft, indem er aufzeigte, was eigentlich auf der Hand lag: Unlimitiertes Wachstum ist in einem Ökosystem der begrenzten Ressourcen schlicht ein Ding der Unmöglichkeit.

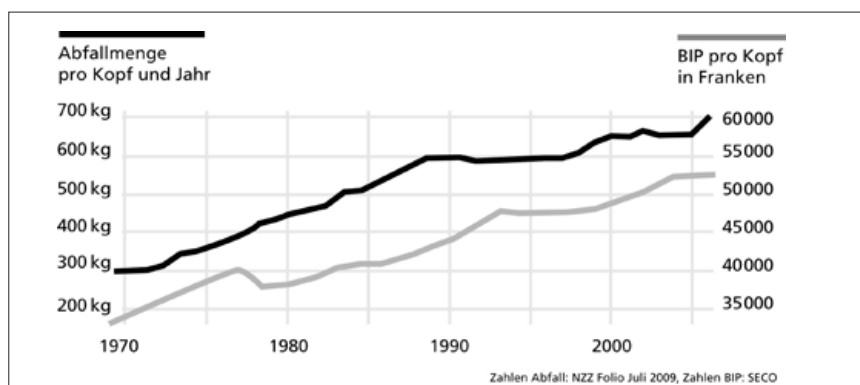
42 Jahre später ersticken die Ozeane im Plastikmüll und die Polarkappen schmelzen wie Vanilleglace an der Sonne. In der Schweiz werden jährlich so viele Kartoffeln für den Grüncontainer produziert, dass man 1,2 Milliarden Teller Rösti daraus machen könnte, die durchschnittliche Wohnfläche pro Person ist auf 44 Quadratmeter gestiegen und es gibt fast 12 Millionen aktive Mobilfunkanschlüsse. Unsere Wirtschaft muss wachsen, wachsen, wachsen, denn schrumpfendes Wachstum bedeutet wirtschaftliche Depression. Die Wirtschaft muss eine immer grössere Anzahl Bedürfnisse erzeugen und sie durch eine immer grössere Warenflut befriedigen.

Überproduktion und Arbeitslosigkeit

Jährlich steigt die Arbeitsproduktivität in Industrieländern um rund 1,5 Prozent, das heisst, es braucht immer weniger Arbeitskräfte, um dieselbe Wirtschaftsleistung zu erbringen. Der spanische Journalist Ignacio Ramonet publizierte dazu bereits 1997 interessante Zahlen im «le monde diplomatique»: Über 25 Prozent der Weltwirtschaftstätigkeit wird von zweihundert multinationalen Konzernen erbracht, die lediglich 0,75 Prozent der Weltbevölkerung beschäftigen. Wahnsinn! Schon heute muss tief in die Trickkiste gegriffen werden, um noch Wachstum zu generieren. Es sind Branchen entstanden, die rein gar nichts herstellen. So etwa die Finanzindustrie, die nichts produziert; sie schöpft bloss Geld mit Hilfe von Geld. Oder der Konsum wird künstlich aufgeblasen: Die Dinge müssen zerbrechen, verschleissen, veralten und weggeworfen werden, um die Nachfrage hoch zu halten. Lange Lebensspan-

nen elektronischer Geräte etwa würden die Minen in Reservaten und russige Kamine chinesischer Fabriken praktisch überflüssig machen, aber einen riesigen Wirtschaftszweig von heute auf morgen praktisch stilllegen und massive Arbeitslosigkeit generieren. Man muss keinen Sichelhammer tä-

gemeinsam nach den Normen der Suffizienz und der Nachhaltigkeit, autonom und unter Einbezug aller produzieren und verteilen. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen aller Lebewesen dieser Welt orientiert, und nicht an Wachstum oder Profitmaximierung.



tiert haben, um zu erkennen, dass mit unserem System von Produktion und Konsum etwas ganz gewaltig schief läuft. Wir arbeiten und verbrauchen zu viel und schaffen es nicht, Arbeit und Überproduktion gerecht zu verteilen.

Bedürfnis- statt profitorientiert

Ein System, das grenzenloses Wachstum voraussetzt, um nicht zu kollabieren, kann niemals nachhaltig sein – Stromsparbirne und Sonnenkollektoren hin oder her. Für die ökologische Bewegung ist es Zeit, Tacheles zu reden: Ein grüner Kapitalismus ist etwa so realistisch wie ein Cupfinalsieg für den SC Cham. Aber wie sieht ein Wirtschaftssystem aus, das den Erfordernissen des Ökosystems gerecht wird? Kein Weg führt daran vorbei: Wir Menschen müssen die kollektive Kontrolle über die Produktionsmittel erlangen und

Kapitalismuskritik muss salonfähig werden

Klar kämpfen wir für die Erreichung unmittelbar vorliegender Zwecke. Aber egal, wie tief wir in realpolitischen Sachfragen stecken: Der Kapitalismus als Ursache nicht nachhaltigen Produzierens muss zur Diskussion stehen, in sozialen und ökologischen Bewegungen, innerhalb der Linken, überall. Her mit einer Zukunft, in der wir miteinander und erneuerbar arbeiten und leben! ■

Gemeinsam(e) Räume schaffen

Jonas Feldmann, Co-Präsident Junge Alternative Zug | Bilder Junge Alternative

Im Zusammenhang mit einer Initiative, welche deutlich abgelehnt wurde und deren Namen der Autor extra nicht nennt, weil er das Wort nicht mehr hören oder lesen kann, wurde immer wieder die «Zersiedelung» beklagt. Bereits das halbe Land sei verbaut und wenn es mit der Zuwanderung so weitergehe, gäbe es bald kein Kulturland mehr. Das Zersiedelungsproblem, welches diese Initiative aufgezeigt hatte, besteht zwar durchaus. Doch der Haupttreiber der Zersiedelung ist nicht die Zuwanderung, sondern der zunehmende Flächenverbrauch pro Kopf.



Wir wollen keine Bauprofile mehr auf grünen Wiesen: Unsere Landschaft soll erhalten bleiben!

Mittels einer geschickten Siedlungspolitik, welche den Agglomerationen ein Gesicht und Leben gibt, kann die zunehmende Zersiedelung der Schweiz aufgehalten werden. Und die Urbanisierung der Agglomerationen bringt erst noch viele Vorteile: In modernen gemeinschaftlichen Quartieren teilen die Menschen einen gemeinsamen Quartierpark und möglicherweise sogar einen Quartiergarten, sie haben Gemeinschaftsräume, welche beispielsweise für ein Geburtstagsfest genutzt werden können, gemeinsame Werkstätten, damit nicht alle ihre eigene Bohrmaschine kaufen müssen und ein quartiereigenes Restaurant. Hier können sich die Nachbarn mittags zum Mittagessen und abends zum Feierabendbier treffen. Wird das Quartier klug geplant, so hat es auch Platz für Gewerbe, zum Beispiel einen Klempner, ein Informatikbüro oder einen Frisörsalon. Natürlich gehören auch eine Kita und ein Lebensmittelgeschäft, möglicherweise sogar mit landwirtschaftlichen Direktverträgen, mit eingeplant.

Junge Grüne lancieren Initiative

Dieses Wohnmodell ist längst keine Utopie mehr, wie verschiedene Siedlungen in Zürich, Bern oder Winterthur beweisen. Wer einmal ein solches Quartier besucht und mit den Menschen dort gesprochen hat, weiss: Hier ist das «Dorfleben» intakt, hier fühlt man sich im Grünen und geniesst trotzdem die Vorteile stadtnahen Wohnens. Eine Idee, welche uns junge Grüne aus der ganzen Schweiz schon lange begeistert. Nun haben wir an unserer Mitgliederversammlung vom 6. Dezember 2014 in Zug beschlossen, eine eigene nationale Initiative zu lancieren. Um nachhaltige Quartiere zu fördern und die leidige Zersiedelung effizient aufzuhalten. ■



80 junge Grüne aus der ganzen Schweiz reisten nach Zug, um über die geplante Initiative zu diskutieren.



Spezialgäste an der Mitgliederversammlung vom 6. Dezember: «Samichlaus» Jo Lang und «Schmutzli» Jolanda.

Die Initiative «Zersiedelung stoppen – gemeinsam Wohnräume schaffen» bezweckt:

- Die Rahmenbedingungen für nachhaltige Quartiere deutlich zu verbessern.
- Die Zersiedelung wirksam zu stoppen, indem die Bauzonen geschlossen werden.
- Keine weiteren Ausnahmen für das Bauen ausserhalb der Bauzonen zuzulassen.
- Moderate Aufstockungen zu ermöglichen.

Sicher und wirtschaftlich

Dr. Pia Stebler, Geschäftsführerin Verein Stromeffizienz-Initiative | Bilder Stromeffizienz-Initiative

20

Eine ausserordentlich breite Trägerschaft aus Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen lancierte im Herbst 2012 die «Stromeffizienz-Initiative» Nach sehr kurzer Sammelfrist reichte das Komitee im Mai 2013 die Initiative ein.

Die Initiative will durch ein Effizienzziel den Stromverbrauch bis 2035 auf dem Niveau von 2011 stabilisieren. Das Thema ist nun brandaktuell: In der Wintersession 2014 diskutiert der Nationalrat im Rahmen der Energiestrategie 2050 unter anderem über Effizienzziele und Massnahmen zur Zielerreichung.

Die Initiative fordert eine Stabilisierung des Stromverbrauchs auf dem Niveau von 2011. Zahlen des Bundesamtes für Energie zeigen, dass ohne zusätzliche Effizienzmassnahmen der Stromverbrauch gegenüber 2011 bis 2035 um rund 23 Prozent ansteigen würde.

Das Ziel der Stromeffizienz-Initiative ist erreichbar und rentabel. Denn: Die effiziente Stromnutzung bietet eine Fülle an Sparmöglichkeiten, die weder unseren Lebensstil noch unseren Komfort negativ beeinflussen. Es wäre unsinnig, dieses Potenzial nicht zu nutzen.

Hinter der Initiative stehen eidgenössische Parlamentarierinnen aus nicht weniger als acht Parteien, Unternehmer, Wissenschaftler und Umweltschützer. Sie alle zeigen mit ihrem Engagement: Die Stromeffizienz ist die unabdingbare Basis für eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung.

Die sicherste und sauberste Sache!

Stromeffizienz macht jede dritte in der Schweiz verbrauchte Kilowattstunde Strom überflüssig. Sie funktioniert störungs- und emissionsfrei, jeden Tag, rund um die Uhr. Die Schweiz fährt mit einer auf Effizienz ausgerichteten Stromversorgung wirtschaftlich und ökologisch am besten. Stromeffizienz schafft zudem Arbeitsplätze im Inland. Sie erhöht auch die Unabhängigkeit. Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht

importiert werden, nicht zum Verbraucher transportiert werden und Pannen können ihr nichts anhaben. Mittels Stromeffizienzmassnahmen kann auf sechs AKWs der Grösse Mühlebergs verzichtet werden. Letztlich gilt: Die beste Kilowattstunde ist jene, die wir nicht verbrauchen. Die Effizienz ist nebst dem Ausbau der erneuerbaren Energien der eigentliche Schlüssel für eine ökologisch wie auch ökonomisch erfolgreiche Energiewende.

Stromeffizienzpotenziale verstecken sich überall

Strom ist billig. Darum wird er oft gedankenlos verbraucht: Licht brennt in menschenleeren Räumen, der Elektroboiler wärmt das Wasser während der Ferien, in Büros läuft die Klimaanlage auch am Wochenende und die Strassen präsentieren sich nachts wie von der Mittagssonne bestrahlt – in der Schweiz verpufft viel Strom, ohne Nutzen zu stiften. Ein Drittel des gesamten Stromkonsums geht durch Geräte und Lampen verloren, die niemand braucht. Auch viele technisch veraltete Geräte tragen massgeblich zur Stromverschwendung bei: Kühlschränke, Elektro-Speicherheizungen, Halogenspots, Pfannen mit krummen Böden usw. Daraus ergibt sich eine unnötige Energieverschwendung, die letztlich einfach vermeidbare Kosten verursacht. Unnützer Betrieb von Geräten und Lampen sowie ineffiziente Geräte haben übrigens ein Sparpotenzial von rund 40 Prozent des Gesamtverbrauchs.

Pragmatische Zielsetzung

Das mit der Initiative angestrebte Stromverbrauchsziel von 58,5 TWh im Jahr 2035 ist realistisch und pragmatisch. Die Konsolidierung auf den

Verbrauch 2011 kann als minimales Effizienzziel betrachtet werden, da Effizienzexperten deutlich grössere technische, aber auch politische Stromeffizienzpotenziale sehen.

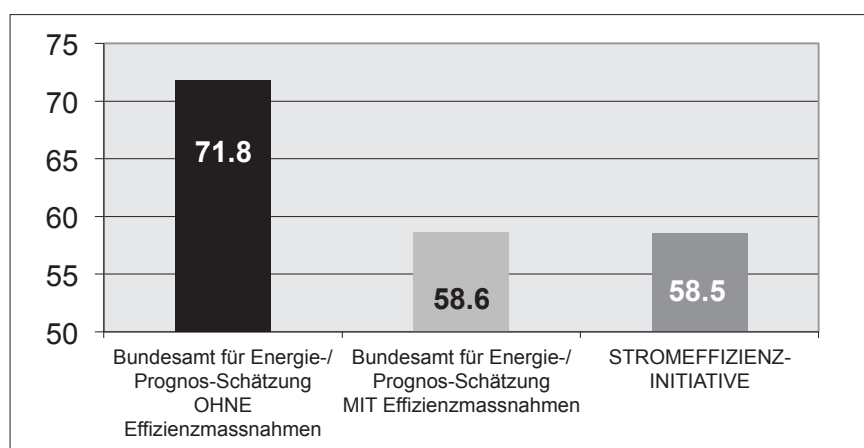
Pragmatisch ist an der Initiative auch, dass dem Bundesrat die Kompetenz gegeben wird, das Effizienzziel auf ausserordentliche Entwicklungen abzustimmen: Es geht hier namentlich um die Bevölkerungsentwicklung sowie den Ersatz von fossilen Energien durch effiziente Stromanwendungen. So soll beispielsweise der Wechsel von Ölheizungen zu hocheffizienten Wärmepumpen oder die Steigerung der Elektromobilität und des ÖV keinesfalls behindert, sondern im Gegenteil gefördert werden.

Mit einer Handvoll Massnahmen zum Ziel

Zusätzlich zur Initiative hat das Komitee ein zielgerichtetes Paket geschnürt:

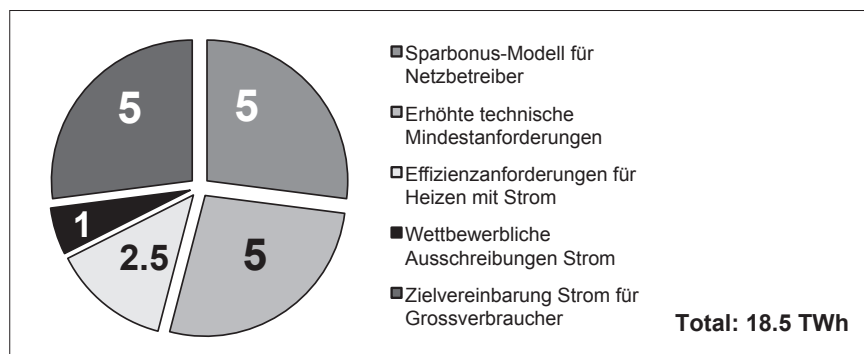
1. Sparbonus für Netzbetreiber. Die Anreizstruktur wird umgekehrt: Nicht wer mehr Strom verkauft, wird belohnt, sondern wer die Endkunden gut beim Stromsparen berät und so den Stromverbrauch senkt. Mit dem Modell eröffnet sich ein neues Geschäftsfeld für Effizienzdienstleistungen, welche Netzbetreiber selbst bewirtschaften oder durch Dritte (Elektroinstallateure, Bauunternehmen, andere Netzbetreiber usw.) bewirtschaften lassen können. Zielgruppe sind in erster Linie Privathaushalte und KMU. Sie konsumieren zusammen mehr als 50 Prozent des jährlichen Stromangebots.
2. Erhöhte technische Mindestanforderungen. Der Bundesrat kann schon heute Anforderungen an die Marktzulassung von Serienprodukten erlassen. Der Bundesrat schöpft seine Möglichkeiten aber bei Weitem nicht aus. Die Initianten fordern deshalb dann eine zeitlich vorgezogene Einführung

Endverbrauch Strom 2035 in Terawattstunden (TWh)



Stromverbrauch 2035 – Schätzungen und Ziel Stromeffizienz-Initiative.

Wirkung der 5 Massnahmen in Terawattstunden (TWh)



Wirkungsabschätzung der fünf Massnahmen der Stromeffizienz-Initiative.

der EU-Normen, wenn die Lebenszykluskosten verringert werden und das Produktangebot an hocheffizienten Fabrikaten bereits umfassend ist.

- Effizienzanforderungen für Heizen mit Strom. Die direkte Umwandlung von Strom in Heizwärme gilt heute als sehr ineffizient. Jede Technologie ist aber auch entwicklungsfähig. Dem trägt das Initiativkomitee Rechnung, indem es sie nicht a priori verbieten lassen will, sondern

einen Mindestwirkungsgrad verlangt.

- Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienzprojekte und Stromeffizienzprogramme. Aus dem Hochspannungsnetz-Zuschlag stehen heute Gelder für die Förderung der Stromeffizienz zur Verfügung. Von 2010 bis 2012 konnten dank einer sehr günstigen durchschnittlichen Fördereffizienz von 2.30 Rp./kWh kumulierte Einsparungen von 1.7 TWh ausgelöst

werden. Die Initianten empfehlen, das wirksame Instrument weiterzuführen.

- Zielvereinbarung «Strom» für Grossverbraucher. Diese können Vereinbarungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses abschliessen und bei Erreichen der Ziele eine Befreiung von der CO₂-Abgabe erwirken. Die Erfahrungen zeigen, dass die CO₂-Vereinbarung auch zu einer deutlichen Steigerung der Stromeffizienz führt. Mit einer auf den Stromverbrauch fokussierten Zusatzvereinbarung sollen deshalb weitere erhebliche Effizienzgewinne erzielt werden. Unter anderem, indem der Kreis der möglichen Vertragspartner erweitert wird: Auch Betriebe mit einem jährlichen Stromverbrauch von weniger als 0,5 GWh sollen von einer Vereinbarung profitieren können.

Im Nationalrat erfolgreich

Der Nationalrat hat sich am 3. Dezember deutlich für eine Anreizumkehr im Strommarkt entschieden: Nicht nur wer mehr Strom verkauft, soll in Zukunft belohnt werden, sondern auch wer die Endkunden gut beim Stromsparen berät und so den Stromverbrauch senkt.

Der Rat stimmte einem Modell zu, das eine Minderheit der vorberatenden Kommission eingebracht hatte. In den Grundzügen entspricht das Modell einer der fünf Massnahmen der Stromeffizienz-Initianten, nämlich dem im Ausland bereits bewährten Modell, Effizienzdienstleistungen einzufordern.

Selbst Bundesrätin Doris Leuthard unterstützte den Minderheitsantrag, indem sie sagte: «Folgen Sie dem Bundesrat und der Minderheit, dann tun Sie das Richtige.»

Das Ergebnis im Nationalrat ist sehr erfreulich. Nun gilt es, die Debatte im Ständerat abzuwarten. Danach wird das Initiativkomitee Bilanz ziehen. ■

Zeit, zu handeln

Dr. Peter Schächli, Präsident der fachlichen Arbeitsgruppe der Erbschaftssteuerreform | Bild Initiative Erbschaftssteuerreform

22

«Das reichste Prozent der Steuerpflichtigen deklariert 40 Prozent aller Vermögen.» So titelte kürzlich der «Tages-Anzeiger». Diese 54'966 Reichen besitzen alle mindestens 3 Millionen, zusammen versteuern sie 609 Milliarden. Umgekehrt deklarieren 56 Prozent der Steuerpflichtigen weniger als 50'000 Franken und zusammen besitzen sie nur 26 Milliarden – weniger als ein Zwanzigstel dessen, was das reichste Prozent ausweist.

Die hier wiedergegebenen Zahlen stammen von der Eidgenössischen Steuerverwaltung und betreffen das Jahr 2011. Andere Statistiken nennen etwas abweichende Zahlen. Allen ist aber gemeinsam, dass die Vermögen in der Schweiz sehr ungleich verteilt sind. Ausserdem steht fest, dass die Schweiz die höchste Vermögenskonzentration aller wirtschaftlich hoch entwickelten Länder aufweist.

Fataler Steuerwettbewerb der Kantone

Einer der Hauptgründe für diese stossende Ungleichheit ist das Fehlen einer Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen. Unter dem Druck des Steuerwettbewerbs haben fast alle Kantone in den letzten 20 Jahren – die Ausnahmen sind Waadt, Neuenburg und Appenzell Innerrhoden – die direkten Nachkommen vollständig von der Erbschaftssteuer befreit. Dementsprechend sind auch die Erträge der Erbschaftssteuer gesunken, und zwar von 1,5 Milliarden 1999 auf weniger als eine Milliarde 2010. Diese eine Milliarde wird den Kantonen bei Annahme der Initiative zur Erbschaftssteuer-Reform übrigens erhalten bleiben, denn sie werden am Ertrag der neuen nationalen Steuer mit einem Drittel beteiligt.

Mittelstand entlasten

Der Ertrag der angestrebten Bundes-Erbschaftssteuer stammt aus anderen Erbschaften als die bisherigen kantonalen Erbschaftssteuern. Der Kern der Reform besteht darin, dass wieder wie früher alle Erbschaften besteuert werden und nicht nur jene von Erblassern ohne Nachkommen. Neu

bleiben alle Nachlässe unter 2 Millionen steuerfrei, auch wenn sie ganz oder teilweise an entfernt Verwandte (Geschwister, Nichten und Neffen usw.) oder sogar an Nicht-Verwandte (Patenkinder, Freunde usw.) gehen. Der Mittelstand wird damit von der Erbschaftssteuer vollständig befreit.

Familienbetriebe (KMU) schonen

Gehört zum Nachlass ein Unternehmen, reicht die allgemeine Freigrenze von 2 Millionen nicht immer aus, um den Betrieb steuerfrei weiterzugeben. Die Initiative schreibt deshalb für KMU ausdrücklich höhere Freibeträge und einen tieferen Steuersatz vor. Mit dieser Massnahme werden nicht nur Familienbetriebe geschont, sondern auch die von ihnen angebotenen Arbeitsplätze gesichert.

Beteiligung der AHV an grossen Erbschaften

Die erwarteten ca. 3 Milliarden Erbschaftssteuer-Ertrag stammen ausschliesslich von grossen Erbschaften. Sie können nicht mehr ungeschmälert vererbt werden. Deren Empfänger, die ja selber nichts zum Entstehen solcher Riesensummen beigetragen haben, erhalten aber immer noch einen Grossteil des Nachlasses. Der durch die Erbschaftssteuer abgeschöpfte bescheidene Teil kommt sodann allen zugute, denn er fliesst zu zwei Dritteln in den AHV-Fonds. Die AHV kann damit ihrerseits die wachsenden Lücken, die durch den steigenden Anteil der Betagten an der Gesamtbevölkerung entstehen, wenigstens teilweise füllen, ohne die AHV-Beiträge der erwerbstätigen Bevölkerung anheben zu müssen.

Zeit, zu handeln

Würde man eine Erbschaftssteuer neu einführen, käme niemand auf die Idee, sie so auszugestalten, wie sie sich heute in den Kantonen präsentiert. Die geltende Ordnung ist schlichtweg chaotisch und ungerecht. Es ist deshalb höchste Zeit, zu handeln: Sagen Sie am 14. Juni Ja zur Erbschaftssteuer-Reform! ■



Eckwerte der Erbschaftssteuer-Reform

Objekt der Steuer:

Nachlässe über 2 Millionen.

Steuersatz:

20 Prozent, Reduktion für Familienunternehmen

Steuerbefreiung:

Ehepartner, KMU, Landwirtschaftsbetriebe, gemeinnützige Organisationen

Steuerertrag:

3 Milliarden

Zweckbestimmung:

2/3 für AHV, 1/3 für Kantone

(Kompensation für Wegfall der bisherigen kantonalen Erbschaftssteuern)

Interview mit Hans Kissling, Mitinitiant

BULLETIN: Wieso braucht die Schweiz eine neue Steuer?

Hans Kissling: Es geht nicht um eine neue Steuer, sondern um eine Steuerreform.

Die Initiative beseitigt die intransparente und ungleiche Besteuerung von Kanton zu Kanton, indem die Zuständigkeit für die Erbschaftssteuer von den Kantonen auf den Bund übergeht. Für viele bringt diese Reform auch eine Steuerentlastung, weil die kleinen und mittleren Erbschaften nicht mehr besteuert werden. Diese werden in vielen Kantonen mit bis zu 40 Prozent Erbschaftssteuern belastet. Mit der Steuer wird auch der zunehmenden Vermögenskonzentration entgegengewirkt.

BULLETIN: Wo liegt das Problem einer hohen Vermögenskonzentration?

Hans Kissling: Eine extrem ungleiche Verteilung wie in der Schweiz schadet der Gesellschaft wie auch der Wirtschaft. Personen mit Milliardenvermögen können mit einem Bruchteil ihres Besitzes Wahlen und Abstimmungen beeinflussen. Das schadet unserer Demokratie. Im Übrigen beeinträchtigt eine hohe Ungleichheit das wirtschaftliche Wachstum. Das hat kürzlich sogar der Internationale Währungsfonds so verlauten lassen.

BULLETIN: Wird mit einer Erbschaftssteuer nicht das Sparen bestraft?

Hans Kissling: Der Freibetrag pro Nachlass beträgt 2 Millionen. Wenn jemand so viel sparen will, muss er oder sie das ganze Arbeitsleben lang jährlich 50'000 Franken sparen. Wer kann das schon?

BULLETIN: Heute ist doch fast jedes Einfamilienhaus 2 Millionen wert!

Hans Kissling: Bei Ehepaaren können sogar 4 Millionen auf die Nachkommen steuerfrei vererbt werden, weil der Freibetrag von 2 Millionen jedem Ehepartner zusteht. Damit können die allermeisten Einfamilienhäuser vererbt werden, ohne dass eine Steuer anfällt, zumal vom Immobilienwert die Hypotheken abgezogen werden können.

BULLETIN: Sind denn für KMU nicht auch vier Millionen zu wenig?

Hans Kissling: Gemäss Initiative kann das Parlament den Steuersatz für Familienunternehmen senken und den Freibetrag erhöhen. Wir können uns einen Freibetrag von 50 Millionen und einen Steuersatz von 5 Prozent vorstellen. Die bürgerliche Mehrheit wird im Falle einer Annahme der Initiative bestimmt von diesem Recht Gebrauch machen und dafür sorgen, dass Familienunternehmen nicht übermässig belastet werden.

BULLETIN: Auf vererbtem Geld wurden bereits Einkommenssteuern bezahlt. Führt das nicht zu einer Doppelbesteuerung?

Hans Kissling: Geld, das im Umlauf ist, wird immer wieder besteuert, z.B. als Lohn, dann als Konsum mit der Mehrwertsteuer, dann beim Verkäufer als Gewinn und schliesslich bei den Mitarbeitern wieder als Lohn. Besteuert wird somit nicht das Geld an sich, sondern ein wirtschaftlicher Vorgang. So zahlt jeder Arbeitnehmer, der aus seinem versteuerten Einkommen ein Hemd oder ein Bier kauft, auf dem Gekauften eine Mehrwertsteuer, ohne dass dabei von einer Doppelbesteuerung gesprochen wird.

BULLETIN: Im Abstimmungskampf wird es bestimmt wieder heissen «Die Reichen werden abwandern und sich so der Steuer entziehen». Kann das passieren?

Hans Kissling: Auch für die Nachkommen von Superreichen werden mehr als 80 Prozent des Nachlasses übrig bleiben. Die Reichen werden wegen der vergleichsweise bescheidenen Steuer nicht aus unserem Land abwandern, das ihnen hohe Sicherheit, eine gute Infrastruktur, eine effiziente öffentliche Verwaltung und weitere Vorteile bietet. Wer seinen Lebensmittelpunkt am Zürich- oder Genfersee hat und hier Kontakte zu seinen Enkeln pflegt, wird nur wegen der Erbschaftssteuern nicht nach Thailand umsiedeln. Nicht einmal in den USA, wo es seit Jahrzehnten eine Nachlasssteuer mit einem Spitzensatz von gegen 50 Prozent gibt, hat ein Exodus der Reichen stattgefunden.

BULLETIN: Trotzdem: Ihre Initiative wird viele Stimmbürgerinnen an Zeiten des Klassenkampfes erinnern ...

Hans Kissling: Die Erbschaftssteuer ist ein urliberales Anliegen. Besteuert wird nicht eine Leistung, sondern ein ohne eigenes Zutun angefallenes Vermögen. Einer der ersten Verfechter der Besteuerung von Erbschaften war der liberale Ökonom John Stuart Mill. 1919 forderte der (von Freisinnigen dominierte) Bundesrat in einer Botschaft, dass ein Drittel der AHV durch eine Erbschaftssteuer zu finanzieren sei. 1971 schlug die FDP Deutschlands auf einem Bundesparteitag in den sogenannten Freiburger Thesen zur Sozialpolitik eine Nachlasssteuer mit Sätzen bis zu 75 Prozent vor. Unsere Erbschaftssteuerreform-Initiative ist weder von Missgunst und Klassenkampfdelken geprägt, sondern vom Willen, die Besteuerung von Erbschaften gerecht zu gestalten!



24

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Hat sich wohl CVP-Neo-Stadtrat Raschle gesagt und bei der Journalistinnenfrage, ob er auf längere Sicht auf das **Stadtpräsidium** schießt, die Ellbogen ausgefahren: «Für eine solche Aussage ist es wirklich noch zu früh. Es ist aber kein Geheimnis, dass sich die CVP als staatstragende Partei gerne im Stadtpräsidium sehen würde.»

FDP-Stadtrat Kobelt als Überflieger mit seinen fast 4'500 Stimmen und der im ersten Anlauf grandios gescheiterte SVP-Stapikandidat Wicki dank Vize-Stadtpräsidium mit neuer Hoffnung, haben das wohl mit Interesse registriert. Auch gut – es wird langsam Zeit für eine **Stadtpräsidentin**.

In der ganzen Hofberichterstattung der Neuen ZZ gibt's ab und zu eine Trouvaillle. Für die Analyse der **Wählerwanderung** muss man nach Deutschland – Institutsleiter Andreas J. Kohlsche kommt zu interessanten Schlüssen: «Im rechten Lager sieht Kohlsche die FDP nun schon zum x-ten Mal seit 2011 kantonal verglichen auf dem absteigenden Ast.»

In den Kantonsratswahlen macht Kohlsche bei der SP einen taktischen «**Anfängerfehler**» aus: «Warum die SP in zwei Gemeinden nicht angetreten ist, weiss wohl nur sie allein». Dabei ist die Antwort einfach: Wenn man niemanden hat ...

Keine Frauen hatte die CVP bei den beiden wichtigsten Exekutivämtern – dem Regierungsrat und dem Stadtrat. Die knifflige Aufgabe lösten die kantonalen **CVP-Frauen** wie erwartet: Schön brav wurden die drei CVP-Regierungsratskandidaten unterstützt. Denn merke (Zitat): «Das Programm ist nicht, Frau zu sein, sondern Politik aus der Sicht einer Frau zu machen.»

Die Regierungsrätinnen Villiger und Hegglin beherrschen das bekanntlich aus dem Effeff. Und Regierungsratskandidat Martin Pfister braucht diese Übung nicht mehr zu kümmern. Nachdem dank Nachzählung sein Abstand zur Alternativ-Grünen Manuela Weichelt-Picard auf über 2'000 Stimmen angewachsen war, wurde aus dem «CVP-Kronprinzen» unvermittelt ein **Frosch**.

Denn so viel war den CVP-Strategen sofort klar: das Rennen um die Nachfolge von Peter Hegglin, falls dieser in den **Ständerat** wechselt, ist wieder offen und vor allem hat die CVP den Sitz nicht mehr auf sicher.

Der rechtsbürgerliche Rohrkrepierer «Wahlbeschwerde» könnte Nationalrat und CVP-Parteipräsident Gerhard Pfister (Pfister 1) heimlich gefreut haben. Denn seine Ständeratsambitionen hat er schon im Juni in einem Interview in Zentral+ klar gemacht. Auf die Frage «Will man Martin

Pfister aufbauen, weil Hegglin 2015 in den Ständerat will?» antwortete Pfister 1 wortwörtlich: «Grundsätzlich muss man hier **auffassen**. Wer für die Nachfolge von Peter Bieri in den Ständerat antritt, wird erst im Frühling 2015 entschieden. Ich persönlich habe mich zudem noch nicht entschieden, ob ich allenfalls für den Ständerat kandidieren werde.»

Und, zack, sichtbar wurde das am Tag des offiziellen **Rücktrittes** von Peter Bieri: Schob Martin Pfister (Pfister 2) in Zentral+ sofort Peter Hegglin als Favorit für die Nachfolge von Bieri im Ständerat in den Vordergrund – «Peter Hegglin ist einer der Kronfavoriten, das ist klar» – las es sich anderntags in der Zuger Prawda leicht anders: Pfister 2 eierte mit Allgemeinplätzen herum und meinte schliesslich: «Aber natürlich würden wir im Falle einer Kandidatur von Gerhard Pfister oder Peter Hegglin als Ständerat den entsprechenden Vorstandsentscheid bekannt geben.»

Welcher Art die Intervention von Pfister 1 bei Pfister 2 war, werden wir aus den **Memoiren** von ersterem erfahren. Von letzterem wird es kaum je eine geben.

An Selbstbewusstsein mangelt es Pfister 1 nicht: in Zentral+ hat er seine Definition von «christlich» offenbart: «Sie geht davon aus, dass das grösste **göttliche Geschenk** an den Menschen die Freiheit ist.»

Und damit kein Zweifel aufkommt, welche Freiheit er meint, beantwortet er die Frage «Herr Pfister, Sie behaupten, dass die CVP die Zuger Wirtschaftspartei par excellence sei. Wie kommen Sie dazu?» folgendermassen: «Das hat ursprünglich ein Journalist der NZZ einmal geschrieben und dafür bin ich ihm ewig dankbar.»

Also voll **FDP-kompatibel**, und darauf kommt's in der Ständeratswahl an: Das CVP-FDP-Päckli ist mit Pfister 1 sicher, mit Hegglin weniger. Der gilt in der FDP als Weichei beim Nationalen Finanzausgleich NFA.

Hegglin's miserable Bilanz als Finanzminister offen zu kritisieren, traut sich zwar nur der alternative-grüne Fraktionschef Stefan Gisler – ausser Schwyz hat kein Kanton in der Amtszeit von Hegglin so lausig, also mit so grossen Abweichungen, budgetiert wie Hegglin. Aber hinter vorgehaltener Hand sind auch die Freisinnigen **unzufrieden** mit ihm.



Nach der Nachzählung. Pfister zu Hegglin: «Am besten vergisst Du Bern.»



Büchermail

Nun sind die Wahlen (endlich) vorbei und wir freuen uns, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Wie es nämlich herauskommen kann, wenn Wahlen manipuliert sind, davon schreibt der Deutsche Autor Andreas Eschbach, studierter Luft- und Raumfahrttechniker, in seinem Politthriller **EIN KÖNIG FÜR DEUTSCHLAND**. Wie frühere Werke Eschbachs («Ausgebrannt», «Eine Billion Dollar») sehr sorgfältig recherchiert, wirkt auch diese fiktive Geschichte sehr realistisch: Für die Bundestagswahl im Herbst 2009 werden zahlreiche Wahlcomputer so manipuliert, dass die Spasspartei «Volksbewegung zur Wiedereinführung der Monarchie» eine Mehrheit von über 66 Prozent der Stimmen erreicht. So wird Deutschland über Nacht zur Monarchie und Protagonist Simon König zu König Simon I. von Deutschland. Dem Neo-Monarchen stellen sich alsbald entscheidende Fragen: Soll er seine Verantwortung wahrnehmen und als vernünftiger König regieren? Soll er seinen Wahlbetrug zugeben? War es überhaupt die manipulierte Software, die ihn mit überwältigender Mehrheit gewählt hat, oder war es das frustrierte, desillusionierte deutsche Volk?

Auch wenn Eschbach in gewisser Weise den kometenhaften Aufstieg zahlreicher Satire- und Witzparteien («Die Partei» in Deutschland, Pepe Grillo in Italien, die GLP in der Schweiz) prophezeit hat, die «Wiedereinführung der Monarchie» bleibt bis heute unversucht. Doch wer hat nicht schon einmal, beispielsweise am Abend des 9. Februars 2014, mit dem Gedanken gespielt, dass die Demokratie vielleicht doch nicht die ideale Staatsform sein könnte? Dass das «Volk» als absolutistischer Herrscher nicht gerade viel von «Grundrechten» hält und nicht sehr zimperlich mit Minderheiten umgeht? Dass, wenn hochgerechnet die Hälfte der Menschen in der Schweiz stimmberechtigt sind und davon wiederum nur die Hälfte an die Urnen gehen, im Falle einer knappen Entscheidung also etwa ein Achtel (!) der Bevölkerung über die restlichen sieben Achtel entscheidet? Wäre ein monarchistisch organisierter Staat nicht ein viel ausgeglichenerer Staat?

Bei den Bundestagswahlen im Herbst 2009 wurden übrigens, so entschied das Bundesverfassungsgericht, anders als bei früheren Wahlen aus Angst vor Manipulationen keine Wahlcomputer eingesetzt.



Andreas Eschbach:
Ein König für Deutschland
Bastei Lübbe, 496 Seiten

Danke für Ihre Stimmen!

26 Die Wahlergebnisse sind da! Wir freuen uns für unsere wiedergewählte Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard und über unsere neu gewonnenen Sitze im Kantonsrat. Wir danken allen Wählerinnen und Wählern, Unterstützerinnen und Unterstützern und freuen uns auf die nächsten vier Jahre. Weiter geht's mit erfolgreicher und konstruktiver grün-alternativer Politik!





Mittwoch, 7. Januar,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
 ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33 Zug
 Mit Köchinnen und Köchen
 der Alternative – die Grü-
 nen Baar
 Themenabend: Stadttunnel

Samstag, 17. Januar,
 DV der Grünen Partei der
 Schweiz
 in Liestal BL

Mittwoch, 4. Februar,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
 ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,
 Chamerstrasse 33 Zug
 mit Köchinnen und Köchen
 der Junge Alternative Zug
 Themenabend: Alter, Trai-
 ler: «von heute auf morgen»

Mittwoch, 4. März,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
 ab 20 Uhr: Jahresversamm-
 lung der Alternative – die
 Grünen Kanton
 mit Köchinnen und Köchen
 des Grünen Forums Hünen-
 berg

Mittwoch, 1. April,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
 ab 20 Uhr: Nomination Na-
 tionalrat

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
 Postfach 4806
 6304 Zug
 041 711 99 09
 www.alternative-zug.ch
 info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
 Alternative – die Grünen
 Zug:

Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9.15–13.15 Uhr
Donnerstag 9.15–13.15 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**
 Anna Lustenberger-Seitz
 info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
 Barbara Beck-Iselin
 b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
 Cornelia Mayinger
 cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
 Postfach 4805, 6304 Zug
 info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
 forum-oberaegeri@mymail.ch

Grünes Forum Hüenberg
Rita Hofer
 rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
 (ehemals Gleis 3 Alternative
 Risch)
 Irene Widmer
 mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
 Postfach 123
 6312 Steinhausen
 steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
 Postfach 4806, 6304 Zug
 junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
 Sha Ackermann und
 Roman Ambühl
 cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**
 www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
 www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
 Artikel unterliegen der
 alleinigen Verantwortung
 der AutorInnen.

BULLETIN
 Nr. 4, Dezember 2014
 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative –
 die Grünen Kanton Zug,
 Postfach 4806, 6304 Zug,
 bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
 Natalie Chiodi
 Jonas Feldmann
 Hansjörg Glauser
 Lorenzo Martinoni

Lektorin:
 Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
 (100% Recycling-Papier)

Titelbild:
 Paula Gisler

Nutzaufgabe:
 800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2015:
 Freitag, 6. März 2015

Erscheinungsdatum:
 Donnerstag, 30. März 2015

«DAS BULLETIN»
 im Internet unter
 www.bulletin-zug.ch

n Zug

Beiblatt wa

des Regierungsrates
Oktober 2014

Vorschläge

andidierende bisher

gglin Peter, 1960, Regierungsrat,
ussli 3, 6313 Edlibach
VP – Christlichdemokratische Volkspartei Kanton Zug

Hürlimann Urs, 1955, Regierungsrat,
Weinreben 33, 6331 Hünenberg
FDP.Die Liberalen

Michel Matthias, 1963, Regierungsrat,
Widenstrasse 12, 6317 Oberwil
FDP.Die Liberalen

Schleiss Stephan, 1972, Regierungsrat,
Hammerstrasse 5, 6312 Steinhausen
Schweizerische Volkspartei (SVP)

Tännler Heinz, 1960, Regierungsrat,
Bellevueweg 24, 6300 Zug
Schweizerische Volkspartei (SVP)

Villiger Beat, 1957, Regierungsrat,
Asylstrasse 8, 6340 Baar
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei K

Weichelt-Picard Manuela, 1967, Regierung
Schanz 2, 6300 Zug
Alternative – die Grünen Zug

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative – die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug